neue kritik

April 1964 D 7739 F

22

Manfred Liebel Studentenschaft und Politik | Reinhard Hoffmann Zur sozialistischen Strategie der Gegenwart | Ernest Mandel Zu einer Europapolitik der Gewerkschaften | Oskar Negt Ein Beitrag zur deutschen Ideologie | Martin Osterland Benimm-Bücher im Nachkriegsdeutschland | Helmut D. Wittenberg Lukács' Theorie des Romans

Inhaltsverzeichnis

Manfred Liebel	3	VDS und Politik
Reinhard Hoffmann	5	Anmerkungen zur sozialistischen Strategie der Gegenwart
Ernest Mandel	10	Zu einer Europapolitik der Gewerkschaften
Oskar Negt	14	Ein Beitrag zur deutschen Ideologie
Martin Osterland	16	Benimm-Bücher im Nachkriegsdeutschland
Helmut David Wittenberg	20	Die Theorie des Romans
Dietlind Eckensberger	23	Sozialrebellen
	24	Ein Leserbrief
Gunter Wegeleben	25	Zeitschriftenhinweise

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 22, april 1964, 5. jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)
neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar. für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen; die mitarbeit ist unentgeltlich.
redaktion: thomas leithäuser (verantwortlich), manfred liebel, hans peter riesche, michael vester, gunter wegeleben
vertrieb: ulla gräning
anzeigenredaktion: edith jilek
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik.
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin.
erscheinungsort: frankfurt am main
verlag und redaktion: 6 frankfurt w 13, kurfürstenstr. 8, tel. 77 64 22
neue kritik erscheint jeden zweiten monat, im februar, april, juni, august, oktober und dezember, einschließlich einer doppelnummer.
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,50 / ös 10,— / sfr 1,60 / hfl 1,50 plus porto; für studenten dm 1,— / ös 7,— / sfr 1,10 / hfl 1,—.
jahresabonnement dm 10,— / ös 65,— / sfr 10,50 / hfl 10,— einschl. porto; für studenten dm 7,— / ös 45,— / sfr 7,50 / hfl 7,—.
bezug über den verlag.
postscheckkonto: sds-bundesvorstand, sonderkonto neue kritik 551 91 pscha. frankfurt am main.
konto-nr. 282 427, dresdner bank
druck: druck- und verlagshaus frankfurt am main gmbh
umschlagentwurf: maria fraxedas

An die Leser

Manfred Liebel, der Bundesvorsitzende des SDS, weist auf die Notwendigkeit hin, den Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) selbst zu einer effektiven Interessenvertretung der westdeutschen Studenten werden zu lassen. Hierzu bedarf es intensiver Anstrengungen vor allem der politischen Studentenverbände.

Mit dem Artikel von Reinhard Hoffmann setzen wir die Diskussion über sozialistische Strategie fort. Autoren, die sich noch an der Diskussion beteiligen möchten, bitten wir, mehr auf die Problematik einer gegenwärtigen Strategie einzugehen und an dem Stand anzusetzen, der durch den Beitrag von Reinhard Hoffmann erlangt ist.

Ernest Mandel zeigt die Schwierigkeiten auf, die dem gemeinsamen Handeln der Gewerkschaften in Europa entgegenstehen. Indem er die Basis einer möglichen Zusammenarbeit aufzeigt, liefert er einen Beitrag zur Strategie.

Oskar Negt rückt den Ideologiebegriff zurecht, der einmal willkürliche Interpretationen sozialer Verhältnisse und geistiger Gebilde entlarven sollte, jetzt aber in seiner subjektivistischen Verflachung die Aufklärung verstellt.

In seiner Analyse der Benimm-Bücher deckt Martin Osterland den Schwachsinn des „guten Tons" auf. Der soll einen sozialen Vorteil haben, der sich „anständig benimmt", so kokettieren die Benimm-Bücher.

Die Redaktion wurde verschiedentlich gefragt, wo man sein Abonnement bezahlen kann. Wir haben auf die genauen Angaben im vierten Teil des Impressums hingewiesen.

Manfred Liebel

Lothar Krappmann, bis vor kurzem Vorsitzender des Verbandes Deutscher Studentenschaften, faßte im März auf der 16. VDS-Mitgliederversammlung Erfahrungen seiner zweijährigen Amtszeit zusammen: „Nur der Blick auf die politische Relevanz unseres Handelns", bemerkte er, „erlaubt uns überhaupt, die langfristigen Programme aufzustellen, die die Studentenschaft braucht, um arbeiten zu können. Verzichten wir auf die Einbeziehung der politischen Konsequenzen unseres Handelns, fallen wir in die Sphäre der Beliebigkeit und Bedeutungslosigkeit unseres Tuns zurück. Wenn eine gesellschaftliche Gruppierung wirklich ein Ziel hat, ist es immer ein politisches."

Freilich: „Wer die letzten beiden Jahre seit der Verabschiedung der (Münchener) Charta überblickt, muß wohl feststellen, daß der VDS eher zu selten als zu häufig seine politische Verantwortlichkeit auch in klaren Meinungsäußerungen kundgetan hat." Krappmann selbst gab dies wenig später in der gleichen Rede zu. Warum nun geschah es nicht häufiger?

Die Frucht der Erkenntnis, daß die Aufgabenstellung des VDS als Interessenvertretung der Studenten a priori eine politische ist, reifte bei den örtlichen Studentenschaften im Vergleich zur VDS-Spitze unverhältnismäßig langsam. Das war weder Zufall noch war es Folge der Störrigkeit böser ASTA-Vorsitzender. Die örtlichen Studentenschaften befinden sich in einer Doppelfunktion, die der der an das Betriebsverfassungsgesetz gebundenen Betriebsräte nicht unähnlich ist. Einerseits sind sie eine Art Sozialabteilung der Hochschule, in deren unausgesprochenem Auftrag sie den rein studentischen Sektor verwalten sollen, andererseits ist ihnen aufgegeben, die Interessen der Studenten gerade gegenüber den Institutionen der Hochschule wahrzunehmen. Zumal die zuletzt genannte Aufgabe der Studentenvertretung nur widerwillig, wenn überhaupt, von den Hochschulbehörden zur Kenntnis genommen und anerkannt wird und die Studenten diesen Institutionen noch immer weitgehend schutzlos ausgeliefert sind, führt dies (wie in den Industriebetrieben) immer erneut zu Korruption, bestenfalls Resignation der gewählten Studentenvertreter. Entgegen den Proklamationen der VDS-Spitze, die diesen Konflikt nicht auszuhalten hat, nahmen die örtlichen Studentenschaften die eigentlich politische Aufgabe der studentischen Interessenvertretung und deren Durchsetzung bislang meist nicht wahr.

Zudem weigerten sich ausgerechnet zwei politische Studentenverbände bis vor wenigen Monaten hartnäckig, den VDS als gesellschaftliche Gruppierung mit politischer Zielsetzung zu verstehen und anzuerkennen. Gepaart mit der noch immer vorhandenen Lethargie der meisten Studenten in politischen Fragen trug diese Haltung nicht gerade dazu bei, die Wahrnehmung der studentischen Interessen durch den VDS effektiver werden zu lassen.

Die zuletzt von Krappmann auf der VDS-Versammlung ausgesprochene Feststellung, der Verband habe auch die gesteckten Ziele im vergangenen Jahr nicht erreichen können, wird von kaum jemandem bestritten. Die in jüngster Zeit daraus gefolgerte Annahme, der VDS könne in seiner juristischen Eigenschaft als „Zwangsverband" weder je geeignet noch in der Lage sein, seine programmatischen Ziele überhaupt selbst durchzusetzen, müssen wir bestreiten.

Zu dieser Annahme kann nur verleitet werden, wer den juristischen Begriff des Zwangsverbandes in rein formaler Weise sich zu eigen macht und auch hierzulande verbreitete gesellschaftliche und institutionelle Tatbestände ignoriert. Die Kammern der Rechtsanwälte, der Ärzte, der Industrie und des Handels sind in juristischem Sinn Zwangsverbände; niemand jedoch wird bestreiten wollen, daß sie Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen. Ähnliches gilt für die Kommunal- und Gemeindeverbände; auch sie nehmen als Zwangsverbände die Interessen ihrer Bürger etwa gegenüber dem Land oder Bund wahr.

Zum Prozeß gegen Dr. Alexander

Wenige Tage nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe der neuen kritik wird am 15. April das Urteil im Prozeß gegen Dr. Neville Alexander verkündet werden. Bei der gegenwärtigen südafrikanischen Rechtsprechung ist mit einer hohen Strafe zu rechnen. Nur innerhalb von 10 Tagen kann Dr. Alexander Revision gegen sein Urteil einlegen. Dies wird ihm jedoch nur möglich sein, wenn er einem Rechtsanwalt mindestens die Deckung seiner Unkosten für die Revisionsverhandlung garantieren kann. Dazu werden umgehend DM 40 000,— benötigt.

Wir bitten daher dringend um weitere Spenden auf das Girokonto 8212 des Tübinger AStA, Kreissparkasse Tübingen. — Über den weiteren Prozeßverlauf informieren Sie die SDS-informationen, die vom Bundesvorstand des SDS zu beziehen sind.

Zwangsmitgliedschaft schließt demokratische Struktur und Legitimation nicht notwendig aus. Auch die Allgemeinen Studentenausschüsse und der VDS-Vorstand werden schließlich gewählt. Daß die prozentuale Wahlbeteiligung der Studenten so niedrig ist, wie sie ist, ist ein von der Zwangsmitgliedschaft unabhängiges Problem, das jedenfalls nicht dadurch sich lösen läßt, daß man den Studentenvertretern die

Legitimation zu politisch relevanten Willensäußerungen und Entscheidungen abspricht.

Die dies im Schilde führen, übersehen schließlich, daß der VDS und manche örtlichen Studentenschaften ihr Ansehen unter Studenten und in der Öffentlichkeit überhaupt erst dadurch errungen haben, daß sie mit der Wahrnehmung der studentischen Interessen ernst machten, will sagen: auch selbst deren Durchsetzung anstrebten.

Es nimmt nicht wunder, daß diese Aufgabe des VDS und der örtlichen Studentenschaften ausgerechnet von denen bestritten wird, die seit je einem politischen Selbstverständnis des VDS mit Skepsis, wenn nicht gar ablehnend, gegenüberstehen. Die vor allem von diesen Leuten aufgestellte Behauptung, es bedürfe eines besonderen Verbandes neben dem VDS, um die programmatischen Ziele des VDS, wenn nötig mit syndikalistischen Mitteln, durchzusetzen, ähnelt einer Theorie, die eines Tages dadurch als wahr sich erweisen möchte, daß die Materie selbst, deren Analyse sie dienen soll, zu ihren Gunsten verändert wird. Konkret: Ein politischer Kampfverband neben dem VDS erweist sich in dem Moment als richtig, wenn es gelungen ist, den VDS selbst zum bürokratischen Selbstverwaltungsapparat zu degradieren.

Nun wäre es sicher nicht ganz richtig, dem vor kurzer Zeit unternommenen Versuch zur Gründung einer „Studentenunion" (inzwischen vernehmen es die Initiatoren bereits ungern, wenn man den von ihnen geplanten Verband als „Studentengewerkschaft" bezeichnet, wie es vor allem in der Presse geschah) lediglich diese Intention zu unterstellen. Die Zusammensetzung des Kreises der Initiatoren läßt jedoch vermuten, daß es den meisten unter ihnen in erster Linie um eine Reduzierung der inzwischen weitgehend anerkannten Aufgabenstellungen des VDS geht, jedoch erst in zweiter Linie, wenn überhaupt, um die Durchsetzung der programmatischen Ziele des VDS.

Die Hoffnung anderer Beteiligter, vor allem vom Typus braver Sozialdemokraten, die Gründung einer „Studentengewerkschaft" erlaube endlich die ersehnte Durchsetzung der programmatischen Ziele des VDS, erweist sich bei genauerer Betrachtung der Bedingungen, unter denen eine solche „Gewerkschaft" gegründet werden soll, als von Illusionen und einem Mangel an Erfahrungen innerhalb der Arbeiterbewegung genährt. Beim gegenwärtigen Bewußtsein der großen Mehrheit der Studenten von ihrer objektiven gesellschaftlichen Lage hätte eine Studentengewerkschaft wenig Aussicht, die notwendige „Massenbasis" an Mitgliedern zu bekommen, die für die wirkungsvolle Anwendung syndikalistischer Mittel Voraussetzung wäre. Es wäre für diese Leute gewiß folgenreich, zu wissen, welche Faktoren etwa bei der Entscheidung der IG Metall, in Baden-Württemberg zum Streik aufzurufen, in Nordrhein-Westfalen aber nicht, eine Rolle gespielt haben. Der Prozentsatz der „Organisierten" gegenüber den Nichtmitgliedern der Gewerkschaft ist nicht der unwesentlichste.

Das Scheitern des Projektes einer „Studentengewerkschaft" würde aber erst recht einer noch stärkeren Resignation der hochschulpolitisch engagierten Minorität der Studentenschaft Vorschub leisten und damit die Entpolitisierung in der Gesamtstudentenschaft weiter fördern.

Nach den Plänen der Initiatoren, die das unternehmerfreundliche „Handelsblatt" schon am 16. Januar ausplauderte, sollte die „Studentenunion" unmittelbar nach Beendigung der VDS-Mitgliederversammlung gegründet werden. Nachdem sich bereits am 14. Februar die damals auf Einladung des DGB in Oberursel (Taunus) versammelten Vorstände aller gewerkschaftlichen Studentengruppen gegen den Plan ausgesprochen hatten, warnten am letzten Tag der VDS-Mitgliederversammlung die Bundesvorstände des SDS und des LSD vor einer Gründung. Die Warnung veranlaßte die Initiatoren, zunächst von der Gründung einer „Studentenunion" Abstand zu nehmen. Die etwa 10 Leute beschränkten sich auf die Konstituierung eines dreiköpfigen Gründungsausschusses, der die Chancen breiterer Unterstützung erst einmal prüfen sollte. Inzwischen haben sich auch der SHB und der ISSF gegen die geplante „Studentenunion" ausgesprochen.

Die Begleitumstände des Gründungsversuchs waren obskur. Der Satzungsentwurf sah für die noch ungeborene Vereinigung einen streng zentralistischen Aufbau vor, der eine wesentliche Willensbildung nur von oben her ermöglicht hätte. So sollten der Vorstand und ein sogenannter Kontrollrat sofort und ohne Einspruchsmöglichkeiten über Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern entscheiden. Mitglied sollte nur werden können, wer bereit ist, das Grundsatzprogramm vollinhaltlich in der Öffentlichkeit zu vertreten. Einzelmitglieder oder örtliche Gruppen, die eine Weisung nicht befolgen, sollten ausgeschlossen werden.

Die Intentionen der „Gewerkschaftsgründer" in spe waren verworren und uneinheitlich, sie waren kaum diskutiert. Ungeachtet der Einschätzung der dahinter stehenden politischen Intentionen, von der die Rede schon war, ist zu begrüßen, daß das Unternehmen in dieser Form offensichtlich gescheitert ist.

Der auf indiskutable und untaugliche Weise unternommene Versuch hatte freilich auch seine erfreuliche Seite. Er machte deutlich, daß im vergangenen Jahr vom VDS nicht alle möglichen Mittel ausgeschöpft worden sind, um die studentischen Interessen wirkungsvoller zu vertreten. Der Versuch brachte Aspekte in die Diskussion, die größere Aufmerksamkeit verdienen. Hierzu zählt vor allem die Frage, ob syndikalistische Methoden, wie sie jüngst etwa in Österreich und Frankreich zur Anwendung kamen, auch in der Bundesrepublik unter bestimmten Umständen effektiv sich einsetzen lassen. Der VDS und die örtlichen Studentenschaften haben zu diesen Mitteln bislang kaum gegriffen. Die gravierende Verfälschung des Honnefer Modells*) sollte Anlaß genug sein, eine Mobilisierung der Studentenschaft von seiten des VDS zu versuchen, nachdem der bisherige VDS-Vorstand mit an-

deren Mitteln die Verfälschung nicht hat verhindern können. Wird der neue VDS-Vorstand bereit sein, durch die Propagierung und den Einsatz neuer, kämpferischer Methoden das vom VDS unseres Erachtens zu Recht in Anspruch genommene „politische Mandat" selbst zu konkretisieren? Der neue VDS-Vorsitzende Emil Nutz äußerte sich auf der ersten Pressekonferenz nach seiner Wahl zurückhaltend. Es könnte sich als dringend notwendig erweisen, den VDS durch nachdrückliche Kritik mancher programmatischer Vorstellungen und bislang verwendeter Mittel zu wirkungsvolleren Formen der Wahrnehmung studentischer Interessen zu veranlassen. Hierzu bedarf es konzentrierterer Anstrengungen vor allem der politischen Studentenverbände.

Anmerkung:

*) Zum 1. April 1964 ist nach einer Entscheidung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages eine Ausweitung des Darlehensanteils innerhalb der Förderung von Studenten nach dem Honnefer Modell eingeführt worden: Vom dritten Semester an werden die „Honnef"-Gelder nur noch zu 60% als Stipendium und zu 40% als Darlehen vergeben. Bei diesem Verhältnis bleibt es, bis die Verschuldung des Studenten DM 2500,— erreicht hat. Bei bestandenem Examen werden davon wieder DM 1000,— erlassen. Bislang erhielt der Student erst in den beiden letzten Förderungssemestern das Geld je zur Hälfte als Stipendium und Darlehen, was schon bedauerlich genug war.

Anmerkungen zur sozialistischen Strategie der Gegenwart

Reinhard Hoffmann

I Der sozialdemokratische Reformismus hatte seine Grundlage in dem maßlosen Elend der Arbeiter im Frühkapitalismus und dem Verlangen dieser „Habenichtse" nach einer Verbesserung ihrer Lage. Dieses Verlangen aber stellte in einer Zeit, zu der die gesellschaftlichen und politischen Machtmittel fest in den Händen der besitzenden Klassen waren, keine praktische revolutionäre Aufgabe (s. „Commune" und das Sozialistengesetz). Die Praxis des proletarischen Klassenkampfes betraf Reformen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, mit dem Ziel, das Massenelend abzuschaffen. In diesem Bemühen wurden die Organisationen der Arbeiterbewegung, insbesondere die sozialdemokratischen Parteien, denen zur Heimat, denen die bestehende Gesellschaft keine Heimat bot — weil die „bürgerliche Gesellschaft" des 19. Jahrhunderts die Arbeiter ausschloß aus dem Prozeß ihrer Willensbildung und die für das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft notwendigen Arbeitskräfte stets von neuem aus der damaligen industriellen Reserve ergänzte, ohne die Arbeiter integrieren zu müssen oder zu können. Die sozialdemokratischen Parteien spiegelten infolge dieser „politischen Beteiligung" der Arbeiter den Willen der Massen wider, sie waren nicht nur von oben manipulierte bzw. manipulierende Bürokratien (als welche sie keine größere Rolle in der tatsächlichen Arbeiterbewegung der Geschichte hätten spielen können). Die doppelte Wirklichkeit einer „revolutionären", aber nicht revolutionierenden Partei, für die die Diskrepanz zwischen ideologischem Bewußtsein und politischem Sein, zwischen Theorie und Praxis bezeichnend war, wie sie schließlich im Erfurter Programm fixiert wurde, entsprach dem ebenso zwiespältigen Bewußtsein ihrer Mitglieder.

Der Reformismus hat seine Ziele im wesentlichen erreicht: Die kapitalistische Gesellschaft unserer Zeit ist auch die „Heimat" der Arbeitnehmer geworden, die aus ihr gar nicht mehr wegzudenken sind und sich auch großenteils zu ihr gehörig fühlen; es gibt kein Massenelend mehr im Stile des Frühkapitalismus (es ist hier nur die Rede von den hochindustrialisierten Gesellschaften Europas und Amerikas) — selbst Wirtschaftskrisen im Stile von 1929/30 und regionale oder einzelwirtschaftliche Strukturkrisen können heute, gerade unter dem Druck der sozialen Organisationen, in ihren Konsequenzen eingefangen werden, so daß sie nicht zu einem andauernden Massenelend als einem gesamtgesellschaftlichen Problem führen können.

Nicht mit dem Scheitern der Arbeiterbewegung in der Vergangenheit kann daher die Fragestellung nach der sozialistischen Strategie in der Gegenwart und das Überholtsein der Organisationsformen der sozialistischen Bewegung begründet werden; entscheidend ist, daß die sozialdemokratische Strategie und Organisationsweise zur Epoche des Reformismus gehört, die abgeschlossen ist — heute stellen sich, von dem durch den Reformismus gewonnenen Ausgangspunkt her, neue Fragen.

Zugleich haben die alten sozialdemokratischen Organisationen der Arbeitnehmer eine neue gesellschaftliche Funktion erhalten. Die kapitalistische Gesellschaft hat sie, entsprechend der Integration der Arbeitnehmer, in wesentliche Bestandteile ihres bürokratischen Mechanismus umgeformt. Die reformistische Partei der Sozialdemokratie ist „verstaatlicht" wie alle anderen Parteien auch, die als „Verfassungsorgane" zu Teilen des Staatsapparats geworden sind und nur noch in einseitiger Kommunikation die politischen Entscheidungen gegenüber der Bevölkerung vertreten. Die derart „verstaatlichte" Partei des sozialdemokratischen Reformismus lebt infolge der Entpolitisierung und Privatisierung der Arbeitnehmermassen nicht mehr aus der „politischen Beteiligung" der von ihr zu vertretenden Arbeitnehmer, sondern nur noch in ihrer Funktion als „Verfassungsorgan".

Andererseits besteht im organisierten Kapitalismus ein objektives Bedürfnis nach einer großen Reformpartei, die —

obwohl möglicherweise Regierungs- oder „staatstragende" Partei — nicht eine bloße Marionette der vorherrschenden Schichten ist, sondern den von der Herrschaft ausgeschlossenen Massen der Bevölkerung eine (von diesen allerdings nicht kontrollierte) Repräsentation im parlamentarisch-„politischen" Bereich gibt. Wenn auch das gesamtgesellschaftlich, historisch relevante Ziel des Reformismus — die Beseitigung des Massenelends und die formale Gleichstellung der Massen in der Gesellschaft — im wesentlichen erreicht ist, bedarf der Kapitalismus einer ständig fortschreitenden Organisierung — durch reformistische Praxis, um seine Herrschaftsordnung gegenüber der sozialen Dynamik zu stabilisieren. Gleichzeitig ist das Bestehen einer Reformpartei bedeutsam für das Ausmaß der Bewegungsfreiheit der bürgerlichen Demokratie, die überhaupt Voraussetzung ist für die Entfaltung sozialistischer Aktivität — als einer letztlich (auch) „politischen" Aktivität — im organisierten Kapitalismus.
Solange die Reformpartei ihr zwiespältiges Wesen wahrt, kann sie als ein Teil des Staatsapparats der bürgerlichen Demokratie wie dieser selbst von außen, d. h. von den gesellschaftlichen Kräften beeinflußt werden, um in enger Verbindung mit dem sozialen Druck und „politisch" relevantem Wollen der gesellschaftlichen Kräfte außerhalb der Reformpartei, insbesondere der Arbeitnehmer-Organisationen die Bewegungsfreiheit der bürgerlichen Demokratie zu sichern.

II Die Arbeitnehmer stehen dem Kapitalismus heute nicht fremd gegenüber — sie lassen diese kapitalistische Gesellschaft erst funktionieren und nehmen an ihr teil. Als wesentlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Funktionsmechanismus genießen sie eine formale Gleichberechtigung, so daß große Teile der Arbeitnehmer sich in dieser Gesellschaft zu Hause fühlen. Die Integration der Arbeitnehmer in die Gesellschaft hat eine immer engere Verbindung und Beziehung zwischen den Klassen innerhalb der bestehenden Institutionen hergestellt, die Klassen stehen sich nicht mehr unverbunden in nacktem Antagonismus gegenüber. Die Arbeitnehmer kämpfen gegen den Kapitalismus nicht wie gegen eine für sie äußerliche Gewalt, sondern der Kampf gegen den Kapitalismus ist für sie ein Kampf gegen sich selbst als integrierte Bestandteile der kapitalistischen Gesellschaft.
Zwar überlebt der Kapitalismus nur so lange, als er imstande ist, die Arbeitnehmer diese ihre Lage annehmen zu lassen. Aber es darf nicht übersehen werden, daß der organisierte Kapitalismus unserer Zeit durch Reformen und Planung weitgehend imstande ist, dem ökonomischen Druck der Arbeitnehmer nachzugeben, der im 19. Jahrhundert der Hauptantrieb für die reformistische Sozialdemokratie war. Die ökonomischen Forderungen der Arbeitnehmer und selbst die heftigen Kämpfe, die nach dem 2. Weltkrieg um soziale Forderungen in größerem Ausmaße geführt wurden, haben weder in subjektiver Hinsicht noch objektiv die kapitalistische Gesellschaftsordnung in Frage gestellt.

Die Lage der Arbeitnehmer im organisierten Kapitalismus ist der Ausgangspunkt, von dem her die Frage zu stellen ist, wie heute eine sozialistische Aktivität unter Beteiligung der Massen möglich ist.
Dabei kann die Frage nach der (politischen) Beteiligung nicht abstrakt gestellt werden, ohne den Bezug auf den konkreten Sinn und Inhalt und auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen einer solchen Beteiligung; auch ist die (politische) Beteiligung der Massen als zugleich Produkt und selber Produzent der objektiven Verhältnisse aufzufassen.
In objektiver Hinsicht stößt die Beteiligung der Massen an den bestehenden Arbeitnehmer-Organisationen, insbesondere an den sozialdemokratischen Parteien, auf das immer größere Hindernis, das deren Bürokratisierung und „Verstaatlichung" für eine interne demokratische Willensbildung bildet.
In subjektiver Hinsicht zeigt sich die Tiefe der Herrschaft der kapitalistischen Gesellschaft über die Arbeitnehmer in der Herrschaft über deren Bewußtsein selbst auf den nichtpolitischen Gebieten: Der entfremdete Lebensstil der bürgerlichen Gesellschaft ist zur alltäglichen Gewohnheit geworden. Die bürokratische Ordnung des organisierten Kapitalismus zerstört den Sinn der objektiv stattfindenden Vergesellschaftung, d. h. die „politische" Vergesellschaftung der Individuen und reduziert das Leben der Menschen auf den Privatbereich außerhalb der Arbeit und jeder anderen sinnvollen Kollektivität. Diese Privatisierung — zugleich Resultat der Zerstörung jeder allgemeinen Relevanz menschlichen Handelns und deren Ursache — ermöglicht die Manipulation der einzelnen in jedem Bereich. „Politische" Beteiligung ist daher für die Massen unmittelbar, ohne Reflexion, auch subjektiv unmöglich.
Die Arbeitnehmer erkennen die allgemeinen Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr durch ihre unmittelbare Erfahrung (aus dem Arbeitsleben) — und können es als Gesamtheit objektiv nicht —, weil diese unmittelbare Erfahrung sich nicht mehr mit der Erfahrung der politischen Ordnung dieser Gesellschaft deckt. Im organisierten Kapitalismus erscheinen die gesamtgesellschaftlich bedingten Konflikte der einzelnen Bereiche in selbständigen, nichtverbundenen Formen, und die Erfahrung der gesellschaftlichen Totalität kann nicht aus den Einzelerfahrungen in gesellschaftlichen Teilbereichen begründet werden, weil die bürokratisch-starre Aufteilung der Gesellschaft eine objektiv mögliche Ausdehnung der Einzelerfahrung zu der der Totalität verhindert und den Funktionszusammenhang dieser Gesellschaft verbirgt. Daher bedarf die Erfahrung der gesellschaftlichen Totalität der theoretischen Einsicht, die der einzelne Arbeitnehmer, aber nicht das Kollektiv (Klasse) als solches sich erarbeiten kann.
Diesem Bewußtsein entspricht die reale, objektive Trennung zwischen dem ständigen, informellen Kampf der Arbeitnehmer gegen die betriebliche Herrschaftsstruktur und dem „politischen" Kampf gegen die Gesellschaftsordnung

insgesamt — der heute reduziert ist auf die allein mögliche Form einer „politischen Beteiligung“: die der Wahlen in Gleichgültigkeit, d. h. auf fast null.

III Welche Form sozialistischer Aktivität („Politik“) ist angesichts dieser Entpolitisierung der (anzusprechenden) Arbeitnehmer noch möglich für die politisch Bewußten, die durch theoretische Einsicht das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft unserer Zeit erfaßt haben, insbesondere für die sozialistischen Intellektuellen?
Die Entpolitisierung und Privatisierung der großen Massen darf nicht nur als die Gleichgültigkeit verstanden werden, als die sie erscheint. Sie ist zugleich (objektiv) eine Kritik seitens dieser Massen an der Trennung zwischen dem „politischen“ Bereich (im hergebrachten Sinn) und ihrem Alltag, an der Bedeutungslosigkeit des „politischen“ Geschehens für den einzelnen, auch und gerade in der Arbeitswelt. Die Privatisierung ist nicht nur ein Protest gegen die bürokratisierte Politik der sozialdemokratischen Parteien von heute, sondern gegen jede spezialisierte „Politik“ dieser Art, gegen die hergebrachte Vorstellung von der „politischen“ Organisation der sozialistischen Bewegung in Parteiform. (Nach dem „strategischen“ und organisatorischen Konzept der Sozialdemokratie und der Kommunisten ist die Partei die mehr oder weniger „revolutionäre“ Aktivität einer bewußten Minderheit, die die Massen führt und eine Minderheitsrevolution mit einer anschließenden Minderheitsherrschaft über die nichtrevolutionäre Mehrheit anstrebt. Mit diesem Ansatz wird die typisch kapitalistische Aufteilung in Führung und Ausführung — durch die Massen — begründet — und kann die Aufgabe des Sozialismus nicht gelöst werden, wie u. a. die Beispiele der Sowjetunion und der Labour-Regierung nach 1945 zeigen; einzig in Jugoslawien, wo die Revolution sich aus einer das ganze Volk erfassenden Partisanenbewegung entwickelte, gelang ein wesentlicher Fortschritt.)
„Politisches“ Bewußtsein — als Grundlage eigenen und nicht manipulierten „politischen“ Handelns — kann nicht von außen, nicht durch eine organisierte Gruppe „politisch“ Bewußter in die Massen hineingetragen werden; eine „politische“ Beteiligung der Arbeitnehmer kann nicht durch das Anbieten einer noch so überzeugenden Theorie oder einer politischen Taktik erzeugt werden — weil ein solches Bemühen das hierarchische Verhältnis von Führung und Ausführung nicht überwindet, das in der Privatisierung kritisiert wird, und den gesellschaftlichen Ursachen der Privatisierung nicht begegnet. Eine sozialistische Massenbewegung der Gegenwart findet in der Wirklichkeit einer weitgehenden subjektiven Privatisierung objektive Schranken, die einzig in der Praxis der realen Aktivität und Bewegung der Arbeitnehmer-Massen überwunden werden können, wenn und soweit sie kollektiv handeln und in dieser Kollektivität die Privatisierung aufheben. Erst in der tatsächlichen Auseinandersetzung der gemeinsam handelnden Arbeitnehmer ist ein kollektives Bewußtsein darüber, was gemeinsam zu tun ist, über die konkrete Aufgabe — die nicht unmittelbar eine „politische“ (im herabgebrachten Sinn) ist — möglich. Nur in diesem Rahmen, mit Bezug auf eine tatsächlich stattfindende kollektive Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Konflikten, kann auch die (organisierte) Gruppe der „politisch“ Bewußten tätig werden. Jedoch kann eine solche Aktivität lediglich in einer theoretischen Hilfestellung bestehen, die den Prozeß des kollektiven Bewußtwerdens — soweit er eine Realität ist — durch Klärung unterstützt: Da das Bewußtsein der Arbeitnehmer zugleich kapitalistische wie sozialistische Elemente enthält, darf die theoretische Hilfestellung nicht nur passiver Reflex einer einmal gegebenen Bewußtseinswirklichkeit sein; vielmehr wandelt sich diese ständig, entsprechend der Dynamik der unmittelbar erfahrenen Arbeitswelt: aus der konkreten Auseinandersetzung müssen Sozialisten die kapitalistischen Elemente des Arbeitnehmer-Bewußtseins (die Selbstverständlichkeiten der bürgerlichen Gesellschaft) bekämpfen, insbesondere indem sie eine klare Wahl zwischen einer „sozialistischen“ und einer „kapitalistischen“ Entscheidung — auch und gerade für die alltägliche Auseinandersetzung in concreto — sichtbar machen.

IV Der Neuansatz einer sozialistischen Bewegung in der Gegenwart kann kein bloß voluntativer Akt sein, sondern muß den objektiven Bedingungen entsprechen. Nur solche Aufgaben stellen sich praktisch, die zu ihrer Zeit aus den materiellen Verhältnissen gelöst werden können. Insoweit wesentliche Merkmale der gegenwärtigen Situation sind der „Wohlfahrtsstaats“-Charakter des organisierten Kapitalismus und die Tendenz zur Privatisierung als Bewußtseinswirklichkeit.
Der einzelne wird auch im Wohlfahrtsstaat von den Klassengegensätzen betroffen, die er als Wertungsunterschiede im Einzelfall erlebt — seine unmittelbare Erfahrung gesellschaftlicher Phänomene ist nicht auf die Arbeitswelt beschränkt, er ist gleichzeitig Verbraucher, Mieter, Reservist, Kinogänger und hat schulpflichtige Kinder. Aber in all den anderen Bereichen wird der einzelne nur als solcher und regelmäßig passiv betroffen von den Interessenkonflikten und nicht unmittelbar als Mitglied einer handlungsfähigen Kollektivität, so daß er wohl als einzelner vermittels theoretischer Einsicht die Privatisierung überwinden kann, ohne jedoch dadurch aus seiner Isolierung die Privatisierung als allgemeine Erscheinung praktisch aufheben zu können.
Darin unterscheidet sich die Stellung und das Verhalten der Arbeitnehmer im Betriebsleben von Stellung und Verhalten der Menschen außerhalb der Arbeit. Denn die Arbeitnehmer führen im Betrieb einen ständigen Kampf gegen die bürokratische Arbeitsordnung und die Betriebshierarchie, wenn auch in ursprünglich ungeformter Organisation. Im Produktionsprozeß zeigt sich der grundlegende Widerspruch des Kapitalismus immer wieder neu und wird bewußt, weil einerseits die starre hierarchische Organisation des Arbeitsablaufes jede selbständige Beteiligung der Arbeitnehmer ausschalten will, andererseits aber die ständige Wandlung

des technischen Arbeitsvollzugs infolge der Dynamik der technischen Entwicklung erfordert, daß die Arbeitnehmer außerhalb des vorgeschriebenen Rahmens eigene Initiative entwickeln. Daher ist es möglich, daß die — durch die Struktur des Arbeitsprozesses zu Kollektiven zusammengefügten — Arbeitnehmer in ihrem (informellen) Kampf eine positive Vergesellschaftung vollziehen, die sie unmittelbar als Solidarität erfahren, und damit sich bewußt als handelndes Kollektiv konstituieren.

V Einzig die Arbeitnehmer als solche sind im Kollektiv fähig, die Privatisierung der Individuen aufzuheben und praktisch in die soziale — und letztlich auch „politische" Entwicklung einzugreifen. Denn sie werden als Gemeinschaft täglich in der betrieblichen Auseinandersetzung vor das grundlegende, gesamtgesellschaftlich bedingte Problem der Produktion gestellt: Wer ist Herr im Betrieb? Damit aber wird die (eine) Grundlage der kapitalistischen Herrschaftsordnung unserer Gesellschaft angegriffen; der im Arbeitsablauf unvermeidlich auftretende Widerspruch des Kapitalismus weist in seinen Konsequenzen über den Betrieb hinaus und dementsprechend tangiert der innerbetriebliche Widerstand der Arbeitnehmer — zumindest objektiv — auch die gesamtgesellschaftliche Herrschaftsordnung.
Dergestalt wird in der konkreten betrieblichen Auseinandersetzung eine allgemein relevante („politische") Aufgabe gestellt und drängt der Inhalt der unmittelbaren Erfahrung der Arbeitnehmer in der Arbeitswelt objektiv über den betrieblichen Ansatz hinaus — so in der Lohnpolitik, in Sachen „Mitbestimmung", oder bei Fragen der Ausbildung, die für die konkrete berufliche Stellung des einzelnen im Betrieb entscheidend ist. Zwar waren selbst die im großen Rahmen geführten heftigen Kämpfe um soziale Forderungen nach dem 2. Weltkrieg im (subjektiven) Wollen und Bewußtsein der Arbeitnehmer ebensowenig „politische" Aktionen und „politische" Beteiligung (im hergebrachten Sinn) wie es die großen Tarifkämpfe um Lohnabkommen waren und sind. Aber die tatsächliche Beteiligung der Arbeitnehmer-Massen an jenen Ereignissen, sie hatte zumindest objektiv allgemeinere Bedeutung insoweit, als sie einen aktiven Faktor in der dynamischen gesellschaftlichen Entwicklung konstituierte und (in mehr oder weniger starkem Maße) auf das soziale Kräfteverhältnis und dessen institutionelle Ausformung (bzw. die Gestaltung der bestehenden sozialen Institutionen) einwirkte. In dieser allgemeineren, gesamtgesellschaftlichen Wirkung wird eine — wenn auch „nur" — praktische Aufhebung der Trennung zwischen der (unmittelbar erlebten) Sphäre der betrieblichen Auseinandersetzung und dem darüber hinausgehenden (letztlich „politischen") Widerstand gegen die Gesellschaftsordnung insgesamt angedeutet.
Die tägliche, praktische Kritik, welche die Arbeitnehmer in der betrieblichen Auseinandersetzung an der kapitalistischen Organisation üben, wandelt den Zustand der sozialen Beziehungen sowohl objektiv als auch darin, daß sich handlungsfähige und auch tatsächlich handelnde Kollektive (der Massen) aus nichtmanipuliertem Antrieb bilden, die der organisierte Kapitalismus ansonsten nicht kennt. Derart wirkt der tägliche Kampf der Arbeitnehmer aus diesem Bereich auf das Verhältnis der sozialen Kräfte ein und ändert die gesellschaftlich bestimmten Kampfbedingungen (für die Arbeitnehmer selbst) und damit die gesellschaftliche Ordnung — auf die Dauer ist er geschichtsformend wie die kurzen Augenblicke bedeutsamen „politischen" Geschehens.

VI Nachdem die historische Epoche des Reformismus mit dem Erreichen der wesentlichen Ziele des Reformismus abgeschlossen ist und die damit begründete gesellschaftliche Integration der Arbeitnehmer zugleich neue („politische" und soziale) Handlungsmöglichkeiten für diese geschaffen hat, ist seitdem die Aufgabe der „sozialen Revolution" durch die Arbeitnehmer (und ihre Organisationen) gestellt. In der Zeit des organisierten Kapitalismus, dessen Herrschaftsordnung durch systemimmanente Reformen wesentlich stabilisiert ist und von den (beherrschten) Arbeitnehmern subjektiv infolge der gesellschaftlich bedingten Privatisierung nicht unmittelbar in Frage gestellt wird, sind große Auseinandersetzungen im „politischen" Bereich von gesamtgesellschaftlicher Relevanz regelmäßig nicht zu erwarten, kann daher nicht das Ringen um die „politische" (insoweit formale) Macht über den Staatsapparat entscheidend sein, die etwa in einer einzigen (revolutionären oder Wahl-) Aktion zu erringen wäre. (Eine die gesellschaftliche Ordnung insgesamt erschütternde Krise ist allerdings in der kapitalistischen Klassengesellschaft nicht generell ausgeschlossen; doch um eine solche im Rahmen einer sozialistischen Politik ausnützen zu können, müßte bereits vorher eine Aktivierung der Arbeitnehmer zu eigenständigem kollektivem Handeln begonnen haben, die sich unter den „normalen" Umständen des organisierten Kapitalismus nicht auf den „politischen" Bereich beziehen kann.)
Vielmehr steht heute — gerade für die sozialistische Bewegung — der ständige Kampf zwischen den Klassen um soziale Positionen in der Organisation von Gesellschaft und Wirtschaft, besonders in der Produktion, im Vordergrund. Da die Klassengegensätze heute innerhalb der bestehenden Institutionen sich treffen, müssen diese in ihrem täglichen Funktionieren durch den Druck der unmittelbar daran „beteiligten" (oder zu „beteiligenden") Arbeitnehmer zu „countervailing powers" umgeformt werden, d. h. zu gesellschaftlichen Kraftfeldern, die der „Selbstbestimmung" der Arbeitnehmermassen Ausdruck geben und als solche in offenbarem Gegensatz zu dem hierarchisch-bürokratischen Ordnungsprinzip des Kapitalismus stehen.
Dabei kann angeknüpft werden an die objektive Tatsache des innerbetrieblichen Widerstands der Arbeitnehmer, der in aktivem Gegensatz zur Betriebshierarchie die Frage nach dem Bestimmungsrecht über Arbeitsablauf und Arbeitsorganisation stellt, d. h. (im kleinen und insoweit) die „Selbstbestimmung" der Arbeitnehmer fordert. Ein auf

solche Art gewonnener (zunächst bescheidener) Spielraum der „Selbstbestimmung“ stößt sich ständig an dem gegensätzlichen Prinzip der kapitalistischen Betriebsordnung im übrigen und ist auf die Dauer infolge der allgemeinen Dynamik der sozialen Beziehungen nur durch seine Expansion zu bewahren. Dies zeigt besonders die Geschichte der „Mitbestimmung“, die im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung infolge der nicht erreichten (teils schon formal unmöglichen, teils nicht angesprochenen) Beteiligung der Arbeitnehmer selbst beim Gesetzeswortlaut stehenblieb und überwiegend in die hierarchische Betriebs- (bzw. Unternehmens-)organisation eingefügt wurde.

In beschränktem Umfang erscheint ein solcher Spielraum der „Selbstbestimmung“ nicht nur im betrieblichen Bereich möglich, sondern kann auch für andere soziale Institutionen erkämpft werden, die selbst ein Ergebnis des sozialen und „politischen“ Kampfes der Arbeitnehmer sind, indem der Kapitalismus mit einer Reform dem Druck der Massen nachgab. In ihnen begegnen sich gegensätzliche Tendenzen, kapitalistisch-bürokratische und demokratisch-sozialistische: so im öffentlichen Wirtschaftssektor die vergesellschaftete Unternehmensleitung — aber ohne Beteiligung der Arbeitnehmer, vielmehr bei gleichzeitiger Unterordnung dieses Sektors unter die privatwirtschaftliche Aneignung des gesellschaftlichen Mehrwerts; bei den „Sozialdiensten“ des „Wohlfahrtsstaats“ das Prinzip einer allgemeinen Bedürfnisvorsorge — und die Klassenunterschiede in ihrem („Minimal“-)Standard. Soweit die Arbeitnehmer — in und ausgehend von ihrer Vergesellschaftung im betrieblichen Kampf — an dem Funktionieren solcher Institutionen beteiligt werden können und sich in ihrer Gesamtheit beteiligen, kann durch den aktiven Druck der Arbeitnehmermassen Gegenmacht gebildet werden, d. h. „countervailing powers“, die Instrumente unmittelbar der Arbeitnehmer selbst in der dynamischen gesellschaftlichen Entwicklung sind. Die „soziale Revolution“ bedeutet das Erringen eigenständiger Autonomie innerhalb dieser Gesellschaft — und gelangt damit über ihren Ausgangspunkt der objektiven gesellschaftlichen Integration der Arbeitnehmer hinaus.

Im Vordergrund des sozialistischen Kampfes steht daher heute die Ausdehnung der „innerbetrieblichen Mitbestimmung“ in Richtung auf eine „Selbstbestimmung“ der Arbeitnehmer; die Ergänzung durch überbetriebliche Wirtschaftsräte mit klaren planerischen Befugnissen; die volle Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Arbeitnehmer; die Errichtung möglicherweise von Verbraucherräten und Mieterorganen (in Werkswohnungen sowie im „sozialen Wohnungsbau“) — wenn durch eine adäquate formale Gestaltung und eine wirkliche „Beteiligung“ der Arbeitnehmermassen die (totale) Bürokratisierung dieser Institutionen (etwa infolge des Eindringens nur der Gewerkschaftsbürokratie) vermieden werden kann.

Die Beteiligung der Arbeitnehmer an solchen Positionen (relativ) autonomer Gegenmacht, die in der täglichen Praxis sich immerfort an der allgemeinen kapitalistischen, bürokratischen Herrschaftsorganisation stößt, läßt ein (kollektives) Bewußtsein von dem Gegensatz zwischen der Selbsttätigkeit und der hierarchischen Ordnung entstehen. Nach einer fortgeschrittenen Entwicklung solcher Praxis kann sich dann ein Bewußtsein von dem allgemeinen Widerspruch und Ordnungsprinzip der kapitalistischen Gesellschaft (von dem Klassengegensatz) bilden. Eine solche Entwicklung kann eine „revolutionäre Kulmination“ erfahren, wenn nach solcher Erfahrung die Arbeitnehmer den Kapitalismus in ihnen selbst durch ihre Praxis aufheben und kollektiv das kapitalistische bürokratische Ordnungsprinzip als solches insgesamt mit Bewußtsein in Frage stellen.

Die soziale Auseinandersetzung, die im einzelnen überschaubaren Bereich um Positionen der Gegenmacht geführt wird, ist die gegenwärtige Form der „Beteiligung“ der Arbeitnehmermassen, die in der Summe ihrer Einzelergebnisse für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung relevant und zumindest objektiv auch heute letztlich „politisch“ ist. Dieser Widerstand der Arbeitnehmer wird weitgehend über ihre gesellschaftlichen Organisationen erfolgen, die außerhalb des „politisch“-parlamentarischen Bereichs tätig sind, jedoch als Zusammenfassung der solcherart in der betrieblichen Auseinandersetzung aktivierten Arbeitnehmer auch eine direkt „politische“ Wirksamkeit erlangen — die allerdings (noch) keine eigene unmittelbar „politische“ Beteiligung der Arbeitnehmer selbst ist. Diese Art der „politischen“ Wirksamkeit ist (zunächst) beschränkt auf das Geltendmachen der über den einzelnen Betrieb hinausreichenden Ansprüche der Arbeitnehmer an die Allgemeinheit (den „Staat“).

Die Gewerkschaft wird, gestützt auf die über ihre Organisation vermittelte kollektive „Massenbeteiligung“ im betrieblichen Bereich und in Verlängerung des betrieblichen Kampfes als gesellschaftliche Organisation, das Instrument der Arbeitnehmer zum Druck auf den „politischen“ Bereich, den Staatsapparat und die Parteien (die frühere Funktion der Parteien, als diese noch nicht „Verfassungsorgane“ waren).

VII Auch und gerade in dem dynamischen Prozeß der „sozialen Revolution“ wird der betriebliche Widerstand der Arbeitnehmer dann keine Fortsetzung im gesamtgesellschaftlichen Rahmen finden und damit schließlich stagnieren, d. h. von der Entwicklung überholt werden, wenn er keine klare Perspektive aus der konkreten Auseinandersetzung im Betrieb und für diese entwickelt. Er bedarf eines theoretischen Programms über die Ziele der sozialistischen Neuordnung und die möglichen Zwischenstufen, in denen die bestehenden Institutionen umgeformt werden in Positionen autonomer Gegenmacht der Arbeitnehmer, d. h. einer einheitlichen umfassenden Theorie der „sozialen Revolution“ im organisierten Kapitalismus.

Hier liegt die Aufgabe der sozialistischen Intellektuellen — als Theoretiker, die nicht selber direkt „revolutionär“ ein-

greifen, d. h. hier: „führen" können. Sie müssen den entsprechenden Wandlungsprozeß im gesellschaftlichen Bewußtsein vorantreiben. Insoweit ist heute ein „politisches" Handeln der Sozialisten nur möglich in Form dieses theoretischen Bemühens, nämlich abstrakt, weil ohne eine „politische" Beteiligung der Arbeitnehmer.

Die Theorie der „sozialen Revolution" muß ausgehen von der geschichtlichen und täglichen Erfahrung und Aktion der Arbeitnehmer. Sie muß diese unmittelbare Erfahrung ausdeuten — nicht nur als passiver Reflex eines vorher gegebenen Bewußtseins der Arbeitnehmer, sondern in Anknüpfung an die tatsächliche Entwicklung auch der subjektiven Wirklichkeit versuchen, die sozialistischen Elemente im Arbeitnehmerbewußtsein gegenüber den kapitalistischen zu stärken. Die Relationen, d. h. die Klassenunterschiede als Wertungsunterschiede in den von den Arbeitnehmern unmittelbar erfaßten sozialen Bereichen zu zeigen, insbesondere den unmenschlichen Charakter der Arbeit und Arbeitsorganisation unter allen Aspekten in seiner gesellschaftlich bedingten Struktur darzulegen, mit der sich daraus ergebenden Möglichkeit einer anderen Regelung, die der „Selbstbestimmung" der Arbeitnehmer entgegenkommt. Das gilt allgemein für den Bereich des Alltags der Arbeitnehmermassen, dessen Durchleuchtung bewußt machen kann, welche die tatsächlichen Bedürfnisse der Arbeitnehmer sind — und wie diese Bedürfnisse praktisch befriedigt werden könnten.

Auf diese Weise muß die Theorie die sozialen Verhältnisse, die für die Menschen zur Selbstverständlichkeit geworden sind, als menschliche Beziehungen in einer bestimmten historischen Epoche offenlegen und dadurch die konkreten Ansatzpunkte für eine andere Ordnung (zunächst im kleinen, d. h. betrieblichen Bereich) mit den daraus sich ergebenden Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen. So kann die Theorie sich als praktisch begreifen und die „Einheit von Theorie und Praxis" wiederherstellen — dazu bedarf es nicht eines eigenen, unmittelbar „politischen" Handelns der Theoretiker, weil die relevante Praxis der Arbeitnehmer in der gegenwärtigen Entwicklungsphase ebenfalls nicht „politisch" im hergebrachten Sinn ist.

Die Entfaltung der sozialistischen Theorie verläuft in die theoretische Aktion gegen die bürgerlichen Bewußtseinsformen der kapitalistischen Gesellschaft (als Wirklichkeiten) und ist als solche praktisch. In der theoretischen Aktion sind die theoretische Kritik und die praktische Umwälzung untrennbar verbunden als konkrete Veränderung (eines Teiles) der wirklichen Welt der kapitalistischen Gesellschaft. In diesen Zusammenhang gehört z. B. die Rechtfertigung des Beamtenstreiks in Anknüpfung an die konkreten Auseinandersetzungen im Beamtensektor, damit durch ein entsprechendes „Selbstbewußtsein" dieser „Arbeitnehmer" ihnen neue Handlungsmöglichkeiten eröffnet werden.

Die sozialistische Theorie muß abzielen auf die Ausweitung der konkreten sozialen Auseinandersetzung, indem sie deren über den unmittelbaren Streitpunkt hinausreichende Bedeutung zeigt: wie auch die einzelne Aktion die gegenwärtige Herrschaftsordnung angreift. Dazu müssen aus der Analyse neue, maximale Forderungen gestellt werden, die den weithin als selbstverständlich angenommenen Wertvorstellungen der kapitalistischen Gesellschaft entgegengesetzt sind und auf die Stärkung der Selbsttätigkeit der Arbeitnehmermassen sowie der „sozialistischen Gegenmacht" innerhalb der bestehenden Institutionen zielen, um die Wirklichkeit des Bewußtseins zu dynamisieren und praktisch die Privatisierung aufzuheben.

Zu einer Europapolitik der Gewerkschaften

Ernest Mandel

Wir drucken hier Auszüge aus einem unveröffentlichten Artikel von Ernest Mandel ab. Die kursiv gesetzten Stellen sind Zusammenfassungen der Abschnitte, die die Redaktion wegen Platzmangels kürzen mußte.

Zu Anfang seines Artikels geht Ernest Mandel auf die in Europa herrschende Tendenz ein, die Gewerkschaften in die ‚bestehende Gesellschafts- und Staatsordnung zu integrieren, und zwar in den verschiedenen Formen und Ausmaßen, wie das je nach den politischen Überzeugungen der verschiedenen Regierungen möglich wäre.' *Die Bildung von Kommissionen, Räten, Ausschüssen, in denen die Gewerkschaften beteiligt werden, weisen darauf hin. Das Ziel dabei ist, die gewerkschaftliche Autonomie zu begrenzen, z. B. die Tariffreiheit und Tarifautonomie einzuschränken. Mandel legt diesen Sachverhalt an zwei Beispielen dar,* ‚wovon das eine konjunkturbegründet, das andere mehr struktureller Natur ist.' *Wichtig für die Reaktion auf gewerkschaftlicher Seite scheint ihm die Entscheidung, die die englischen Gewerkschaften auf einem Kongreß in Brighton fällten,* wo der Vorschlag des Vorstandes der britischen Gewerkschaften abgelehnt wurde, wonach für den Fall, daß sich in Großbritannien eine Labour-Regierung bilden würde, die Gewerkschaften das Versprechen abgeben sollten, ihre Lohnforderungen einzuschränken. Das heißt nicht, daß die englischen Gewerkschaften nicht eine Regierungsänderung wünschen. Sie haben im selben Augenblick, wo sie sich gegen diese bedingungslose Lohneinschränkung ausgesprochen haben, erklärt, daß sie hoffen, daß es zu einer Labour-Regierung kommen wird und daß sie bereit sind, mit dieser

Labour-Regierung zusammenzuarbeiten, um auf loyaler Weise eine weit ausgedehnte Planungswirtschaft und Einkommenspolitik zu führen. Aber sie sind nicht bereit, ohne Gegenleistung, ohne Garantie, ohne Kontrolle über die anderen Einkommensgruppen bzw. Einkommensformen der Gesellschaft irgendein Recht auf Lohnerhöhung aufzugeben. Sie haben gleichzeitig erklärt, daß nur, wenn die Unternehmergewinne und der Besitzzuwachs der bürgerlichen Klasse und der Betriebe von der Regierung wirksam kontrolliert werden könnten, man auch über eine Beschränkung des Lohnzuwachses diskutieren könnte. Das ist ein theoretischer Standpunkt, der durchaus annehmbar ist.

Es ist für die Arbeiterklasse dasselbe, ob sie 2½ % Reallohn gewinnt dadurch, daß der Nominallohn bis 2½ % wächst und die Preise völlig stabil bleiben, oder ob sie den 2½ % Reallohnzuwachs dadurch hat, daß der Nominallohn bis 5 % wächst und die Preise bis zu 2½ % steigen. Aber erst muß die Garantie gegeben werden, daß eine Regierung tatsächlich imstande ist, Preiserhöhungen zu verhindern, tatsächlich imstande ist, die anderen Gesellschaftsschichten, die bei den Preiserhöhungen weitaus entscheidender mitwirken als die Gewerkschaft und Arbeitnehmerschaft, zu kontrollieren und zum Maßhalten zu bringen. So lange dieser Beweis nicht gebracht werden kann, kann seitens der Gewerkschaften keinerlei Garantie für die Zukunft und keinerlei Versprechen abgegeben werden.

Ich glaube, das war eine historische Entscheidung. Es war eine Entscheidung, die früher oder später der gesamten westeuropäischen Arbeiterbewegung ebenfalls vorgelegt werden wird. Denn wir werden uns alle, früher oder später, in demselben Fall befinden, worin sich jetzt die britischen Gewerkschaften befunden haben. Wenn in kleineren Ländern, wie in meinem eigenen Land, derartige Entscheidungen bereits in der Vergangenheit getroffen worden sind, so ist die Entscheidung in Großbritannien doch unerhört wichtiger und dürfte hoffentlich auch auf die weitere Entwicklung der Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik, in Frankreich und Italien, überhaupt in anderen großen Ländern Westeuropas einen bedeutenden, wenn nicht entscheidenden Einfluß ausüben.

Dies ist der konjunkturpolitische Grund, warum der Gegensatz zwischen uneingeschränkter politischer und wirtschaftlicher Macht der Gewerkschaften und Interesse der Unternehmer und der bürgerlichen Regierungen immer größer wird. Solange diese Macht tatsächlich uneingeschränkt ist, solange wir weiterhin Hochkonjunktur bzw. teilweise Vollbeschäftigungsverhältnisse haben — sie dürften sich immerhin doch noch um einige Jahre verlängern, wenn auch sie konjunkturmäßig durch eine Rezession unterbrochen werden —, solange bedeutet diese Wirtschaftsmacht und diese politische Macht der Gewerkschaften eine unmittelbare Bedrohung der bürgerlichen Einkommenspolitik bzw. der bürgerlichen Wirtschaftspolitik, wie sie im Interesse der Unternehmer mehr und mehr in Westeuropa geführt werden wird.

Der schwerer wiegende Aspekt ist der der Strukturveränderung im europäischen Wirtschaftsgefüge, wovon Mandel zwei Momente, die rapide technologische Umwälzung und die Tendenz zur Wirtschaftsprogrammierung oder Wirtschaftsplanung betrachtet. Die technologische Umwälzung führt zu Überkapazitäten und damit führt sie auf der Betriebsebene und auf der Ebene der verschiedenen Betriebszweige dazu, daß der Gegensatz zwischen langfristigen Investitionsplanungen und Kostenplanungen und uneingeschränkter Gewerkschaftsfreiheit (also Möglichkeiten der Gewerkschaften, in entscheidenden Augenblicken der Vollbeschäftigung die günstige Konjunktur zugunsten von Lohnerhöhungen auszunutzen) immer schärfer wird. Er wird um so schärfer, je mehr wir in die Übergangsperiode hineinkommen, wo die technologische Umwälzung und die große Investitionstätigkeit noch andauert, aber bereits Überkapazitäten in einer ganzen Reihe von Industriezweigen bzw. Betrieben erscheinen, wo sich also die internationale Konkurrenz gewaltig zuspitzt. Es spielen im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Kosten und Preiskalkulationen und die sogenannte Stabilität der Lohnkosten, wenigstens der vorausberechneten Lohnkosten, eine viel größere Rolle, als sie das in der Vergangenheit je getan haben.

Die Konsequenz ist die wachsende Tendenz zu einer staatlichen Intervention in der Wirtschaft, zur Wirtschaftsprogrammierung. Diese Tendenz ist nichts anderes als letzten Endes die Schaffung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedingungen, unter denen sich die langfristigen Investitionspläne der großen Unternehmen mehr oder weniger garantiert rentabel abspielen können.

Das beste Beispiel für diese neokapitalistische Wirtschaftsplanung *zeigt Frankreich. (Siehe den Artikel Aspekte der französischen Wirtschaftsplanung in der nk 21.)*

Damit ist das fundamentelle Interesse der Regierung und der Unternehmer deutlich, die Tarifautonomie der Gewerkschaften zu beschränken. Beugen sich die Gewerkschaften, sich auf diese Weise integrieren zu lassen, freiwillig, dann läuft das Ganze geölt und dann kann auch bei den Schichten der Bevölkerung inklusiv der Arbeitnehmer und inklusiv der sozialistisch erzogenen Arbeitnehmer der Eindruck geschaffen werden, daß es sich nicht um einen Selbstverzicht der Gewerkschaften bzw. der Arbeitnehmer in der günstigen Konjunktur handelt, sondern ein neues Stadium, ein höheres Stadium der sozialen Errungenschaften, in dem die Gewerkschaften die soziale Wirtschaftspolitik auf nationaler Ebene mitbestimmen, erreicht ist.

Dort, wo diese Selbstbeschränkung nicht durchgeführt werden kann, wo sich die Gewerkschaften bzw. entscheidende oder wichtige Teile der Gewerkschaften gegen eine solche Selbstbeschränkung aufbäumen und weiterhin die Interessen der Arbeitnehmer verteidigen, dort versuchen

dann die Regierungen mit Hilfe der Unternehmer auf unfreiwilligen Wegen, durch Zwangsmaßnahmen der verschiedensten Art, diese Beschränkung der Gewerkschaftsmacht zu erreichen. Das geht von Gesetzen zur Zwangsschlichtung bis zu Gesetzen von Streikrechteinschränkungen, wie wir sie jetzt auch in den letzten Jahren in verschiedensten Varianten in einigen westeuropäischen Ländern gekannt haben.

Die Macht der Gewerkschaften ist nun eine nationale Macht. Ich persönlich als überzeugter Internationalist finde es sehr bedauernswert, aber es ist eine praktische reale Gegebenheit, der wir Rechnung tragen müssen. Sie fußt nicht nur auf einer ganzen Reihe von ideologischen Schwächen, sondern hat auch eine soziologische Wurzel.

Ihrem Wesen nach sind die Gewerkschaften eine Organisation, die ihre Mitglieder vertreten. Je größer das Gebäude, im geographischen Raum, je höher das Gebäude einer zentralisierten Zusammenfassung dieser Macht, um so weiter ist das oberste Stockwerk entfernt von der untersten Zelle. Die Kollegen der Gewerkschaft in einem Betrieb haben ein sehr enges Verhältnis zu den Gewerkschaftsvertrauensleuten, zu den unmittelbar von ihnen gewählten, bestimmten Gewerkschaftsvertretern in ihrem Betrieb. In einer sehr großen nationalen Gewerkschaft eines großen Landes, wie zum Beispiel der Bundesrepublik, Großbritannien, Italien oder Frankreich, wird dieses Verhältnis schon viel schwächer. Wenn man sich in Europa eine einzige Gewerkschaft vorstellen würde, zum Beispiel der Metaller mit einem Vorstand in Luxemburg oder in Amsterdam, dann würde der Abstand zwischen der Spitze und den Mitgliedern so groß, der Prozeß der Bürokratisierung und der Entfremdung der Gewerkschaftsführung von den Gewerkschaftsmitgliedern so gewaltig werden, daß der ganze Inhalt und der ganze Sinn der Gewerkschaften in einem sehr weiten Maße verloren ging.

Aus diesem soziologischen Grunde ist die nationale Beschränkung der Gewerkschaften praktisch unvermeidlich, mit Ausnahme von ganz kleinen Gewerkschaften oder von internationalen Unternehmen, wo in den verschiedenen Ländern dieselben Probleme für die Arbeitnehmer bestehen.

Die politische Ausgangsposition auf internationaler Ebene ist nun für die Unternehmer weitaus vorteilhafter. Aus ihrer ganzen Lebens- und Klassenlage, aus ihrer Vergangenheit und Schulung her sind sie viel mehr international eingestellt als die Arbeiter. Handel und Vertrieb sind international schon seit Jahrzehnten.

Die Unternehmer haben es viel leichter und viel einfacher und viel rascher verstanden, unter sich zu kombinieren, zu rationalisieren, zu spezialisieren, zu organisieren, um neue größere europäische Verbände zu bilden, die tatsächliche Wirtschaftsmacht und dadurch auch indirekt politische Macht ausüben.

Seit 4 Jahren hat man jährlich ungefähr tausend Absprachen zwischen verschiedenen Unternehmergruppen bzw. Unternehmen der sechs Länder der EWG oder Großbritannien gekannt. Das sind viertausend Absprachen, und diese sind nicht so wie die meisten — traurigerweise — internationalen Zusammenkünfte der Gewerkschaften, wo schöne Reden geführt werden. Die Unternehmer treffen konkrete Absprachen, Marktabsprachen, Lizenzabsprachen, die zu praktischen unmittelbaren Ergebnissen führen.

Ich will nun nicht behaupten, daß wir heute eine durchorganisierte EWG haben. Wir stehen erst im ersten Stadium dieses Prozesses. Es ist gar nicht nötig, denn in einer Phase der Hochkonjunktur, wo der Markt sich im allgemeinen ausbreitet und wo im allgemeinen die Nachfrage stärker steigt als das Angebot, sind solche Kartellabsprachen nicht nötig, nicht rationell vom Standpunkt der Unternehmer aus gesehen.

Was existiert, sind eine ganze Reihe von internationalen Spezialisierungs- und Zusammenarbeitsabkommen von Großbetrieben Frankreichs und Deutschlands, Frankreichs und Italiens, Deutschlands und Italiens, Deutschlands und Englands.

Dem hat die Gewerkschaftsbewegung, die Arbeitnehmerschaft praktisch nichts gegenüberzustellen. Es gibt innerhalb der Montanunion und der EWG einen Rat oder Ausschuß auf der Basis der IBFG. Der eine hat den Sitz in Luxemburg, der andere in Brüssel. Aber die praktische Wirkung dieser Ausschüsse ist kaum von Bedeutung.

Wie wir wissen, spielen die sozialistischen Gewerkschaften bzw. sozialistisch geführten Gewerkschaften nur in der Bundesrepublik, evtl. in Holland, in Belgien, Luxemburg und Großbritannien eine entscheidende Rolle. Dagegen sind in zwei sehr wichtigen Ländern, nämlich Frankreich und Italien, die sozialistisch geführten Gewerkschaften eine verschwindende Minderheit innerhalb der Arbeitnehmerschaft. Sie machen wahrscheinlich weniger als 10 % aus. In einem Land wie Holland hält es sich die Waage, das heißt, in Holland bilden auf dem Papier die sozialistischen Gewerkschaften kaum ein Drittel der gewerkschaftlich Organisierten. Es gibt zwei konfessionelle, eine katholische und eine protestantische Gewerkschaft. Dort ist die Spaltung noch größer als bei uns in Belgien. Daneben gibt es noch eine kommunistische Gewerkschaft und eine neutrale Gewerkschaft. Allerdings kann man sagen, daß in der Praxis auch in Holland der Gewerkschaftsbund dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angeschlossen ist.

Die gewerkschaftlich organisierte knappe Mehrheit der Arbeiterschaft, sagen wir 50 %, ist ganz bestimmt nicht imstande, die überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft sich mobil zu machen, wie das in der Bundesrepublik, in Belgien oder in England ohne Zweifel der Fall ist. Das bedeutet mit anderen Worten, daß jede Gewerkschaftsaktion, jede Gewerkschaftstätigkeit sich nur auf die Gewerkschaften innerhalb des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften beschränkt und daher verurteilt ist, unwirksam zu bleiben auf europäischer Ebene und praktisch nur nationale Wirksamkeit haben kann.

Jeder Durchbruch zu einer tatsächlichen europäischen Gewerkschaftsaktion, z. B. einer gemeinsamen Aktion für die 40-Stunden-Woche, einer gemeinsamen Aktion für drei oder vier Wochen Urlaub, einer gemeinsamen Aktion, die allen Kollegen in allen sechs oder sieben Ländern der EWG plus Großbritannien zugute käme, kann nur dann gelingen, wenn es gelingt — ohne Rücksicht auf politische oder philosophische Gründe —, sämtliche Gewerkschaften (das heißt, inklusiv konfessionelle Gewerkschaften Frankreichs, Italiens, Hollands und Belgiens, inklusiv kommunistisch geführte Gewerkschaften Frankreichs und Italiens) an einen Tisch zu bringen. Solange man das nicht tut, kann man keine geschlossene Gewerkschaftsaktivität innerhalb der sechs Länder erwarten.

Die Lage würde sich nur dann ändern, wenn man dazu käme, eine Gesamtaktion sämtlicher Gewerkschaften ohne Einschränkung durchzuführen und wenn man es erreichen könnte, in irgendeinem Punkt zu irgendeiner Frage ein gemeinsames europäisches Gewerkschaftskartell zu bilden. Ich bin der Ansicht, daß die 40-Stunden-Woche wahrscheinlich die günstigste Basis dafür gibt, weil diese Lösung jetzt reif geworden ist in allen westeuropäischen Ländern und sämtliche nationalen Gewerkschaften diese Frage jetzt in den Vordergrund geschoben haben. Auch die Zusammenarbeit mit den englischen Gewerkschaften ist in dieser Frage möglich. Die Forderung nach der 40-Stunden-Woche ist auch aus sozialpolitischen und humanen Gründen die weitaus wichtigste Sache, die heute vor den europäischen Gewerkschaften steht.

Wenn man bedenkt, daß die 48-Stunden-Woche im Jahre 1919 eingeführt wurde, das heißt vor 45 Jahren, und wenn man bedenkt, wie die Steigerung der Produktivität des Arbeitsrhythmus in der gesamten Geschwindigkeit des gesellschaftlichen Lebens seit 45 Jahren vorwärts gegangen ist, dann versteht man, daß sogar 40 Stunden heute sehr viel sind und daß man an die 35-Stunden-Woche denken müßte. Aber zunächst müssen wir die 40-Stunden-Woche haben.

Wenn man weiter bedenkt, daß wir uns dem Punkt nähern, wo die Konjunkturwende kommt, wo der Arbeitermangel verschwindet, wo in einem Land wie Großbritannien immerhin schon sechs-, siebenhunderttausend Dauererwerbslose sind, wo sich das wahrscheinlich 1965/66/67 auf die Bundesrepublik und auf andere westeuropäische Länder ausdehnen wird, dann ist die Frage der 40-Stunden-Woche eine gewisse Garantie für die Vollbeschäftigung, die ohne Zweifel in der Logik der jetzigen Wirtschaftsentwicklung liegt.

Wir stehen hier vor einer grundlegenden Entscheidung. Haben wir den Punkt erreicht, wo Gewerkschaftspolitik, Wachsen der gewerkschaftlichen Macht, Anwachsen der politischen Macht der Gewerkschaften auf nationaler Ebene nicht mehr möglich ist und wo man nur noch in europäischen Maßstäben denken kann, oder haben wir noch immer die Möglichkeit der Konsolidierung und Erweiterung der Macht der Gewerkschaften in nationalem Rahmen unter Berücksichtigung wachsender Bedeutung von internationalen Absprachen, Zusammenarbeitsformen des gemeinsamen Kampfes auf internationalem Rahmen.

Ich glaube, daß die zweite Form die ist, die der heutigen Wirklichkeit noch entspricht. Aber ich lege einen starken Nachdruck auf das Wort „noch". Das heißt, wir stehen in einem Übergangsstadium, das wahrscheinlich noch 10 bis 20 Jahre dauern wird — vielleicht noch länger —, wo die Arbeitnehmerschaft jedes einzelnen Landes noch immer über wirtschaftliche Druckmittel verfügt, um auf die Unternehmer, die bürgerliche Klasse des eigenen Landes einen entscheidenden Druck auszuüben.

Aber wenn wir den Punkt erreicht haben, wo die internationale Verflechtung des Kapitals innerhalb der EWG bzw. innerhalb der EWG plus Großbritannien so weit geht, daß die wichtigsten Betriebe jedes einzelnen Landes nicht mehr den Unternehmern dieses Landes gehören, sondern Unternehmern aller sechs/sieben Länder, wenn wir uns in einem Stadium befinden der internationalen Verflechtung von Kapital, wenn alle entscheidenden Betriebe in ein internationales Eigentumsverhältnis kommen, dann allerdings ist die nationale Ära der Gewerkschaftsbewegung zu Ende.

Denn einen Streik in einem einzigen Land gegen einen Trust wie Ford, den kann man nicht führen. Sie schließen einfach den Betrieb, geben ihre Aufträge an ihre Häuser in England, Amerika, Belgien, Schweden, Italien weiter. Dann kann man sechs Monate streiken ohne Erfolg. Die Möglichkeit, einen solchen Trust in einer einzigen Filiale zur Strecke zu bringen, ist sehr gering, vor allem, wenn es sich um einen wichtigen Kampf handelt, wo es den Unternehmern daran gelegen ist, den Kampf zu gewinnen.

Mit anderen Worten, wenn wir zu dem Punkt kämen, wo eine solche Durchflechtung der Besitzverhältnisse in europäischem Ausmaße stattfinden würde, daß eine neue Wirtschaft, eine europäische Wirtschaft und eine neue Klasse das europäische Besitzbürgertum anstelle des deutschen, französischen, italienischen, britischen, belgischen, holländischen entstünde, dann allerdings wäre die Feststellung, die ich als Schlußfolgerung gezogen habe, nicht mehr richtig und dann müßte man sagen, auf nationaler Ebene haben wir keine Möglichkeiten mehr, um wenigstens in den wichtigsten Fragen entscheidende Erfolge zu erzielen. Dann ist die Internationalisierung der Gewerkschaften beziehungsweise dann hat die Stunde der europäischen Gewerkschaften geschlagen.

Das würde für die gesamte westeuropäische Gewerkschafts- beziehungsweise Arbeiterbewegung komplizierte Probleme mit sich bringen.

Man kann sagen, daß dieser Verflechtungsprozeß sich noch auf eine längere Zeit verschieben wird. Das aber bedeutet, daß wir diese Zeit, die uns noch gegeben ist, in der wir auf nationaler Ebene Entscheidendes erreichen können, nützen müssen.

International gesehen ist uns diese Möglichkeit noch gegeben und wir müssen diese Möglichkeit während der nächsten, zehn, zwanzig, fünfundzwanzig Jahre, die noch vor uns stehen, voll und ganz ausschöpfen. Das ist ein Grund mehr, warum wir uns nicht in Selbstbeschränkung und Selbstverstümmelungspläne und Programme integrieren lassen dürfen, sondern die völlige Autonomie, die völlige Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung aufrechterhalten müssen.
Diese völlige Autonomie darf sich nicht beschränken auf reine Konsumforderungen, auf reine Lohn- und Arbeitszeitforderungen. Es muß eine Selbständigkeit sein, die sich ausdehnt über alle Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik; die der gesamten wirtschaftspolitischen Konzeption des Kapitalismus, der neokapitalisitischen Gesellschaft, eine andere geschlossene wirtschaftspolitische Konzeption entgegenstellt. Ich glaube, daß keine andere besteht als eine sozialistische. Sie kann dem kapitalistischen Ideal der heutigen Massenkonsumgesellschaft, des sogenannten Wohlstands, das sich ausdrückt in der gewaltigen Unterentwicklung des Sozialkonsums und des Konsums in entscheidenden Zweigen, wie Gesundheit, wie Erziehung, wie Selbstentwicklung der Persönlichkeit jedes einzelnen Arbeitnehmers, ein überzeugendes Ideal entgegenstellen.

ANDY ANDERSEON

HUNGARY 56

Hungary 56 is a printed and illustrated text of some 60.000 words, analyzing in detail the background, methods of struggle, demands and implications of the hungarian revolution.

The book contains material hitherto unpublished in English. It describes the struggles in factories, mines, and on the land, in Hungary, between 1945 and 1956. It analyzes the ideological ferment among students and intellectuals immediately preceding and during the revolution. It fully documents the programme of the Workers Councils, both in relation to production and in relation to politics. It finally tackles on of the key problems of our day: a redefinition of the socialist programme.

Das Buch ist zum Preis von DM 3,80 beim Verlag der neuen kritik zu beziehen.

Ein Beitrag zur deutschen Ideologie

Oskar Negt

Hermann Lübbe: Politische Philosophie in Deutschland, Basel/Stuttgart, 1963.

I Daß Hermann Lübbe sein Buch ausdrücklich nicht als Beitrag zur „Deutschen Ideologie" versteht, folgt nicht zwingend aus dem von ihm analysierten Material, sondern entspringt aus seinem separat entwickelten Begriff der Ideologie, der mit dem Marxschen in der Tat nur den Namen gemeinsam hat. Polemisch richten sich seine Studien gegen die ontologische Deutung historisch nachweisbarer Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Interessenlagen und philosophischen Theoremen, wie gegen die marxistische These, daß die „philosophischen Mächte der Aufklärung" unter den Bedingungen der spätbürgerlichen, imperialistischen Gesellschaft allein in der Philosophie der Arbeiterbewegung wirksam sind, während das bürgerliche Denken die Vernunft zur Wissenschaftstheorie und Technologie verengt oder in lebensphilosophisch-politischem Engagement opfert. Ein starker Affekt gegen die Marxsche Theorie bestimmt die gesamte Darstellung.
Wenn Lübbes Feststellung zutrifft, daß die politische Philosophie in dem Maße Rang hat, wie es ihr gelingt, die weltgeschichtliche Bedeutung von Ereignissen und Bewegungen zu erkennen, dann gibt es in der Zeit vom Tode Hegels bis zum ersten Weltkrieg keine ernst zu nehmende bürgerliche Theorie, die der politischen Philosophie etwa Fichtes vergleichbar wäre. Das ist offenbar kein Zufall. Die Französische Revolution, die auf den deutschen Idealismus bestimmend einwirkte, hatte für die nachhegelische Philosophie ihre philosophische Aktualität verloren. Dem neuen welthistorischen Problem, der Entstehung und politischen Organisierung der proletarischen Klasse, zeigt sich das bürgerliche Denken, das bereits zur Auseinandersetzung mit den Marxschen Argumenten gezwungen ist, aus objektiven Gründen nicht gewachsen. So ist das Elend der politisch engagierten deutschen Philosophie, deren Entwicklung Lübbe mit großem Materialaufwand vom Rechtshegelianismus bis zur Deutschtumsmetaphysik des ersten Weltkrieges nachzeichnet, wesentlich darin begründet, daß ihr ein gesellschaftliches und politisches Subjekt fehlt, dessen historische Ansprüche sie philosophisch zu legitimieren hätte. Zwischen der primär an Stabilisierung der gegebenen Ordnung orientierten bürgerlichen Klasse und dem revolutionären Proletariat „schwebend", konnte sie ihre Kritik nur zur Form ohnmächtiger Proteste erheben, die notwendig

ohne Wirkung auf die Gesellschaft blieben. „In der Geschichte der politischen Philosophie vom Hegelianismus bis zum Monismus und Positivismus zeigt sich, wie nacheinander mit sich verschärfender Konsequenz die Integration des politischen Liberalismus, des Idealismus sozialer Gerechtigkeit und des technokratischen Denkens positivwissenschaftlicher Herkunft in die politisch tragende geistige Substanz des 19. Jahrhunderts mißlang." (25)

II Als Theorie einer potentiellen politischen Reformpartei verlor die Hegelsche Rechte ihren Einfluß auf die Öffentlichkeit und auf das philosophische Denken, als die Revolution von 1848 scheiterte. Die Althegelianer, die den politischen Liberalismus den Vernunftforderungen gleichsetzten, zwangen Restauration und Errichtung des Bismarckreiches schließlich zu Resignation oder Anpassung. „Die Philosophie, als Theorie der Vernunft, wird Wissenschaftstheorie. Aus der Perspektive dieser reduzierten Philosophie erscheint die Wirklichkeit jenseits der Wissenschaft als die Welt des Irrationalen." (89)
Repräsentierte die Schule der Althegelianer noch eine liberal denkende Bürgerschicht, die ein Interesse an der politischen Emanzipation hatte, so weist das Proletariat, das gesellschaftliche Subjekt, dessen Interesse der Neukantianische Reformsozialismus aus der praktischen Vernunft begründen will, den wohlmeinenden Rat der idealistischen Sozialisten, die Hegels Kritik am Formalismus der Kantischen Ethik übersehen, als bürgerliche Ideologie ab. Wie weit Lübbe, der aus der verkürzten Perspektive des Reform-Sozialisten argumentiert, von einer Einsicht in die Marxsche Theorie entfernt ist, zeigt seine Behauptung, daß der „wissenschaftliche Sozialismus" Langes dem Marxscher Prägung überlegen sei, „weil er sich die Freiheit objektiver Tatsachenfeststellung wahrt, indem er methodisch das politische Engagement dem Urteil statt umgekehrt das Urteil dem Engagement folgen läßt." (99) Daß Urteil und Tatsachenfeststellung von der Form des Engagements inhaltlich vorentschieden werden, demonstriert Lange, „der nach Verstand und Willen über den Klassenhorizont des Bürgerlichen hinaus ist", beispielhaft an seinem eigenen pragmatischen Sozialismus, der über den Horizont einer bürgerlichen Gesellschaft, die sich unter dem Zwang der Revolutionsdrohung zu Reformen bereit findet, objektiv nicht hinaus ist. Von Revolutionsfurcht diktierte professorale Vorschläge, wie die Bodenreform in Gegenden unrentablen Grundbesitzes, Förderung der Gewerkvereine, „die durch ihre Pression die industrielle Produktion allmählich in einem ‚konstitutionellen Sinne' umzuwandeln vermöchten" (98), zeugen nicht nur von geringer Kenntnis der Struktur der kapitalistischen Warenproduktion und der realen politischen Machtverhältnisse, sondern sprengen ihrem Inhalt nach in der Tat nicht den Rahmen kleinbürgerlicher Reformvorstellungen.
Es ist, nach Lübbe, die erklärte Absicht des Marburger Neukantianismus, der das Streben nach Stabilisierung der bürgerlichen Gesellschaft mit den Althegelianern teilt, „zwischen Staat und Arbeiterschaft zu vermitteln und den Sozialismus aus der Ethik des Idealismus zu begründen, um ihn so in den Staat integrierbar zu machen." (25) Ohne diesen ethischen Idealismus der Neukantianer, dessen geringen Einfluß auf die deutsche Sozialdemokratie der Vorkriegszeit Lübbe aufrichtig bedauert, am Stand des Hegelschen und Marxschen Bewußtseins zu messen, das die abstrakte Konfrontation von postulierendem Subjekt und unstrukturierter, allererst zu konstituierender Realität in konkreter Subjekt-Objekt-Dialektik aufhebt, variiert Lübbe das Resultat aus der Analyse des gescheiterten Reformversuchs der Rechtshegelianer: er konstatiert, daß die praktische Philosophie Langes, Cohens und Natorps, „als Ausnahmefall, ein bestätigendes Beispiel für die Entfremdung von politischer Philosophie und politischer Öffentlichkeit (bleibt), die für die geistesgeschichtliche Lage Deutschlands nach 1870 kennzeichnend ist." (123)
Da Lübbe die Philosophie systematisch weder in ihrem soziologischen und sozialphilosophischen Informationsgehalt untersucht, noch Strukturzusammenhänge zwischen theoretischer und praktischer Philosophie aufweist, ist die Erkenntnis der im Spannungsfeld der sich entfaltenden Klassengesellschaft wechselnden Stellung der Theorie zur gesellschaftlichen Praxis auf die formale Angabe der Distanz zwischen Philosophie und politischer Öffentlichkeit reduziert. Die monoton bekundete Absicht seiner Studien, Aufklärung und Rationalität, wenn auch in privatisierter und vom gesellschaftlichen Leben isolierter Gestalt, bis zur eigentlichen Kriegsphilosophie in allen bedeutenden Produkten des bürgerlichen Denkens der nachhegelschen Periode aufzudecken, blockiert Lübbes Verständnis für den der abstrakten Rationalität immanenten Irrationalismus, den Lukács, in einigen Fällen sicher zu schematisch, der gesamten spätbürgerlichen Philosophie zurechnet. In diesem Zusammenhang wäre es notwendig gewesen, das Schicksal Cohens, der schließlich resignierend Religionsphilosoph wird, und Natorps, der in Militärorganisation und Kriegswirtschaft Modelle des ethischen Sozialismus entdeckt, nicht biographisch, sondern sachlich als Konsequenz ihrer politischen Philosophie zu deuten.

III War schon der Marburger Neukantianismus prinzipiell außerstande, seine Idee sozialer Gerechtigkeit politisch und organisatorisch effektiv zu vermitteln, so ist das moralische und politische Programm des metaphysischen Materialismus und Monismus, deren Hauptvertreter Büchner, Haeckel und Ostwald eine erfolgreiche, breitenwirksame Propaganda für naturwissenschaftliche Bildung entfalten, auf Forderungen zusammengeschrumpft, die die Errichtung eines nach dem „energetischen Imperativ" funktionierenden technokratischen Systems zum Inhalt haben, das nicht nur den Parlamentarismus, sondern auch das allgemeine Wahlrecht als technisch und organisatorisch ineffektiv verwirft. Monisten und Materialisten sind genuine Feinde einer demokratischen Gesellschaftsordnung. „In ihren politischen Ent-

würfen ... repräsentieren die Vertreter des undialektischen Materialismus den Typ wissenschaftlicher politischer Besserwisser, deren Entwürfe um so idealeren Charakter annahmen, je weniger sie auf die aktuellen politischen Machtkonstellationen Rücksicht übten, je unpolitischer also sie im Grunde waren." (140) Mit dieser Charakterisierung verharmlost Lübbe jedoch die Zeitgemäßheit der von den metaphysischen Materialisten propagierten technokratisch-autoritären Utopie, die, beim späten Comte bereits angekündigt, in der spätkapitalistischen Gesellschaft faschistischer Prägung nicht nur wesentlicher Bestandteil der Weltanschauung, sondern in der Kombination von technischer Effizienz, „Kulturpflege" und Sozialdarwinismus Realität wird.

Will man den Zerfall der deutschen Philosophie nicht tatsächlich aus dem „Seinsgeschick" oder allein aus Spengler und Chamberlain begründen, so muß man das politisch engagierte Denken des Marburger Neukantianismus ebenso wie den metaphysischen Materialismus ihrer objektiven Bedeutung nach in der Entwicklung des bürgerlichen Denkens sehen, die in der Selbstaufgabe der Rationalität in der Kriegsphilosophie kulminiert, um sich dann im Nachkriegsdenken fast ungebrochen fortzusetzen. Ohne die Annahme einer solchen Kontinuität wäre es nicht zu verstehen, daß nicht nur die die akademische Form des diskursiven Denkens bereits sprengende Philosophie Rudolf Euckens — bis heute bezeichnenderweise der einzige deutsche Philosoph, der den Nobelpreis erhielt —, sondern auch die Natorps, die zu den einflußreichsten innerhalb der Schulphilosophie gehörte, den „Weltberuf Deutschlands" zur Rettung des Wesens und der Kultur vor zivilisatorischer Überfremdung propagierte. Der Zusammenbruch Deutschlands bewirkte im Bewußtsein Natorps lediglich eine Vertiefung dieses Gedankens: „So möchte der Deutsche allerdings gern die Welt erobern, doch nicht für sich, sondern für die Menschheit; nicht um etwas dadurch zu gewinnen, sondern sich zu verschenken." (116)

IV. Daß sich Lübbe an sein in der Einleitung angekündigtes Programm, Zusammenhängen zwischen politisch engagierter Philosophie, Politik und Ideologie nachzugehen, im Verlauf der Darstellung nicht konsequent hält, liegt ebenso an der Überladung mit historischen und biographischen Details wie an seinem Begriff der Ideologie, der ihn von vornherein hindert, falsches Bewußtsein von richtigem zu unterscheiden. So ist ihm die Weltkriegsphilosophie, über deren analytischen Wert kaum Zweifel bestehen können, teilweise „politische Theorie, als ideologiefreie Analyse jener politischen, Solidarität erzwingenden Abhängigkeit des Bürgers von seinem Staat, des einzelnen von seiner Nation, die jedenfalls damals ein unentrinnbares Faktum war ..." (22) Was im Marxschen Ideologiebegriff gesellschaftlich notwendiger Schein, objektive Verschleierung und Verkehrung der Verhältnisse im Bewußtsein ist, die nicht durch theoretische Anstrengung, sondern nur durch praktische Veränderung der Realität beseitigt werden kann, wird von Lübbe, dem Ideologie eine „Betrugstheorie ist, die nur dann funktioniert, wenn man selber daran glaubt" (15), auf subjektive Selbsttäuschung gebracht. Simmel leistet nach Lübbe eine ideologiefreie, deskriptive Analyse der „Verdinglichungs- und Entfremdungsphänomene einer Gesellschaft, deren Beziehungsmedium, deren Symbol das Geld ist." (22) Aber Lübbe, der die Marx-Orthodoxie, vor allem deren Erwartung einer proletarischen Revolution, Ideologie „im strengen Sinn dieses Wortes" nennt, will nicht nur die als „deskriptive Analyse" bereits fragwürdige Philosophie des Geldes von Simmel frei von Ideologie wissen, sondern auch dessen absurde Kriegshoffnung, „daß das Geschehen dieses Krieges Befreiung der Existenz aus diesen Entfremdungsverhältnissen bewirken werde." (22) Und warum? Lübbe antwortet ebenso schlicht wie nichtssagend. „Sie war dann Ausdruck eines Unbehagens an der Kultur, das seine gewissen Gründe hatte." (ebd.)

Lübbe konzediert zwar, daß dieses „Unbehagen an der Kultur" sowie die „Weltkriegshoffnung" Simmels als ideologisch betrachtet werden können, aber nur auf der Basis einer politischen Theorie, die um eine reale Aufhebung der Entfremdung weiß. Weil Lübbe unter „ideologiefreiem" Erkennen bereits die bloße Beschreibung verdinglichter, undurchschauter Oberflächenerscheinungen versteht, entgleiten ihm sämtliche Kriterien, die es ihm erlauben, die Erkenntnis gesellschaftlicher Strukturen, die sich zugleich ihrer sozialen und historischen Bedingtheit wie ihrer politischen Orientierung bewußt ist, von zufälligen, isolierten Einsichten oder photographischen Reproduktionen zu unterscheiden. Erst wenn der Name der Ideologie „dem seiner Abhängigkeit nicht bewußten, geschichtlich aber bereits durchschaubaren Wissen, dem vor der fortgeschrittenen Erkenntnis bereits zum Schein herabgesunkenen Meinen im Gegensatz zur Wahrheit" vorbehalten bleibt (Horkheimer), könnte man sich der willkürlichen Interpretation geistiger Gebilde entziehen, von der sich Lübbe in der Analyse der politischen Philosophie nicht befreien kann.

Benimm-Bücher im Nachkriegsdeutschland

Martin Osterland

Eine literatursoziologische Betrachtung

Unsere Etikette-Anstands-Benimm-Bücher, die in großem Auflagen den Nachkriegsbüchermarkt überschwemmen, berufen sich auf eine jahrhundertealte Tradition. Schon im 18. Jahrhundert erschienen spezielle Anstandsfibeln, deren zum Teil kuriose, nachbarocke Titel gleichzeitig ein Programm

waren. So z. B. 1730 „Die Manier höflich und wohl zu Reden und Leben, sowohl mit hohen vornehmen Personen, seines gleichen und Frauenzimmer, als auch, wie das Frauenzimmer eine geschickte Aufführung gegen uns gebrauchen könne. Ans Licht bestellt von Menantes." Oder 1738 „Das neue und wohleingerichtete Complimentier- und Sitten-Buch, darinnen gezeigt wird, wie sich sonderlich Personen bürgerlichen Standes bei denen im gemeinen Leben vorfallenden Begebenheiten in Worten und Werken so klug als höflich verhalten und durch gute Aufführung beliebt machen sollen. Alles durch geschickte Complimente, Anleitung zur guten Aufführung, und Höflichkeit überhaupt, als auch was jedes Ortes in besonder Acht zu nehmen ausgeführt, und nebst einem Trenchier-Büchlein mitgetheilt."

Zur Unterrichtung eines begrenzten, lesekundigen Publikums gedacht, wird in diesen Titeln aber auch schon die zeitgemäße Tendenz von Büchern dieser Art sichtbar: die Empfehlung zum höflichen Umgang von Personen bürgerlichen Standes mit vornehmeren Personen und ihresgleichen und der Hinweis auf Beliebtheit und Erfolg bei Einhaltung der beschriebenen Regeln. Hier deutet sich schon an, was für die späteren Benimm-Bücher symptomatisch sein wird: die Chance eines sozialen Aufstiegs, der im Zusammenhang mit einem entsprechenden Wandel der Umgangsformen stehen soll.

Diese soziologisch (-politische) Bedeutung der Anstands-Bücher wird im berühmten „Umgang mit Menschen" des Freiherrn von Knigge offenkundig. Erschienen 1788, sollte es dem Bürgertum bei seinen Emanzipationsbestrebungen helfen und es im Umgang mit Menschen auf seine Führungsrolle vorbereiten. So stellt Knigges Buch auch nicht eigentlich ein Kompendium von Umgangsformen dar, sondern mehr eine — wie es Iring Fetscher in seiner Einleitung zur Neuausgabe 1961 nennt — „bürgerliche Morallehre des Alltags" — ein Buchtyp, wie er in der Folgezeit noch unter vielen Umgangsbüchern zu finden ist. Die meisten Benimm-Bücher im Deutschland der Nachkriegszeit erweisen sich allerdings als eine Mischung aus solcher moralischer Belehrung und einer Vielzahl von festen Umgangsregeln, die referiert und zur Beherzigung empfohlen werden.

Schon 1946 erschien, ein Jahr nach der totalen Kapitulation, trotz Papiermangels und ungeheuren Lesehungers auf Literatur, die während der NS-Zeit verboten war, das erste Benimm-Buch wieder auf dem deutschen Büchermarkt.

Unter dem Titel „Benimm Dich wieder anständig" wurde eine Leserschaft, der man „Sittenverwilderung" unterstellte, befehlerisch zur Ordnung gerufen.

Auch als nach der Währungsreform der eigentliche große Verkauf von Büchern dieses Genres einsetzte, hatte der Titel des ersten Erfolgsbuches noch imperativen Charakter: „Man benimmt sich wieder." Dieser gefällige Quasi-Werbeslogan suggerierte dem Leser nicht nur, daß die Zeit, in der „man" sich nicht benahm, offenbar vorbei war, er sprach auch — bewußt oder unbewußt — die Leserschaft an, der man wahrscheinlich auch schon vor „dem Sittenverfall des Krieges" gutes Benehmen anempfohlen hatte.

„In normalen Zeiten, wie sie jetzt wieder da sind . . . (führt) die Methode der Nachkriegsjahre nicht mehr bergauf, sondern steil hinab" — schreibt sein Autor Kurt Meissner. Wer den „Wunsch nach weiterem Fortkommen, nach Ansehen und Beliebtheit" habe, müsse „auch seine Umgangsformen verbessern, sonst wird er sich nicht lange auf der höheren Stufe halten können". Es sei „niemand ganz und gar unabhängig vom Urteil seiner Umgebung". Schon in diesen Sätzen wird erkennbar, was für beinahe die gesamte Anstandsliteratur nach dem Kriege gilt: Restauration eines Bildes von einer Elite, die ihre eigenen Umgangsformen zu haben scheint und die dem Verstoß dagegen mit fühlbaren Sanktionen begegnen kann und — der praktische Rat zur Anpassung an die Umgebung, d. h. den dort gepflegten Umgangsformen, wenn man „Erfolg" haben will.

Natürlich sprechen es die Autoren nicht so klar aus. Sie kokettieren vielmehr mit dem biederen Leser, wenn sie versichern, „daß es keine ‚Gesellschaft' im alten Sinne mehr (gibt)". Im großen und ganzen seien „die Unterscheidungen zwischen den Schichten verlorengegangen und damit auch die allgemeine Kenntnis von den Regeln eines höflichen Verkehrs". Beherrschung und Kenntnis der Umgangsregeln waren demnach eine Art schichtspezifisches Merkmal der Vorkriegsgesellschaft, das bedauerlicherweise für die Nachkriegszeit nicht mehr zu gelten scheint, denn „wir sind leider(!) gezwungen, in einem gesellschaftlichen Chaos zu leben". [1])

Der Interessenkonflikt der Autoren, die einerseits die gesellschaftliche Veränderung nach dem Kriege zur Kenntnis nehmen wollen, sich aber selbst offenbar zu einer oberen Gesellschaftsschicht zählen möchten, wird vermieden, indem sie dem angeblichen gesellschaftlichen Chaos doch eine soziale Ordnung eigener Prägung geben. Anstelle einer traditionellen Oberschicht, einer „Gesellschaft im alten Sinne", wird nun euphemistisch von „kultivierten Kreisen", von „gebildeten Menschen", von „Leuten mit Geschmack" geredet.

Daß diese „kultivierten Kreise" sich jedoch nicht wesentlich von der den guten Ton angebenden Oberschicht der Vorkriegsjahre unterscheiden, wird deutlich an den Beispielen, mit denen die Anwendung richtiger Umgangsformen illustriert werden. Hier berichtet man von kleinen Soupers und großen Empfängen, von glanzvollen Opernpremieren und internationalen Cocktail-Parties, bei denen sich Akademiker, Adel, Geheimräte und Diplomaten den verlangten Umgangsformen entsprechend „kultiviert" benehmen.

Zwar fehlt auch hier nicht die Verbeugung zur „bescheidenen Umgebung eines einfachen, aber mit der ehrlichen Arbeit der Hände täglich neuerkämpften Lebensraumes" [2]), aber vorbildlich und — verbindlich benimmt sich in den Büchern vorzugsweise die geschilderte Oberschicht. Unterstützt von Illustrierten und Filmen, die sich gleichfalls und gern diesem Milieu widmen, entsteht in den Benimm-Büchern

das Bild einer High Society, deren Lebenszweck der formvollendete, wenn auch strapaziöse Umgang ihrer Mitglieder mit sich selbst zu sein scheint. Umgangsformen sind dort — wie es Max Weber bezeichnet — „als ‚geltend' gebilligte und durch Mißbilligung gegen Abweichung garantierte ‚Sitte'". Und „die Befolgung der ‚Konvention' . . . wird dem einzelnen durchaus ernstlich ‚zugemutet' . . ." Ihre Geltung beziehen die Benimm-Bücher erklärtermaßen aus der Tradition: Noch niemand habe Etikette, Protokoll, Frack und Ehrenzeichen abschaffen können. „Das ist überall so und war bei uns schon dreimal so", begründet z. B. Meissner lapidar. Und Gertrud Oheim schreibt im „Einmaleins des guten Tons": „Man sucht an die Formen der heute ‚eingeebneten' Schicht anzuknüpfen."

Die Formen, an die dabei angeknüpft werden soll, haben in den Benimm-Büchern eine Doppelfunktion. Einmal werden sie ganz allgemein als Ordnungsfaktor für zwischenmenschliche Beziehungen betrachtet. Sie sollen Normen darstellen, nach denen sich die Menschen zu verhalten haben. Sie seien, so wird behauptet, nun einmal nötig, „weil wir Menschen eben so unvollkommen sind, daß wir für unser Zusammenleben immer feste Richtlinien brauchen".[3]) Die Parallele zu den Gesetzen im Staat, den Geboten der Religion und den Satzungen eines Vereins zieht man in allen Benimm-Büchern. Anstandsregeln werden damit quasi institutionalisiert. Sie sind „jene Schranke, mit der sich die Gesellschaft umgibt, um sich gegen Übergriffe zu schützen, die vom Gesetz nicht zu erfassen sind, (und) mit deren Hilfe sie die Wahrung der eigenen Belange sichert, indem sie die Umwelt achtet".[4]) Das Bedürfnis, sich gegen Übergriffe zu schützen, entspringt dem Wunsch nach Isolierung; das Privileg der sozialen Position soll mit dem der angemessenen Umgangsform verbunden werden. (Im schneidigen Zeremoniell der Verbindungsstudenten kommt das beispielsweise sinnfällig zum Ausdruck.) Der soziale Boykott ist dabei die wirksamste Maßnahme zum Schutz gegen den Außenseiter. Zum „Richter" kann sich zwar jeder machen, indes — die Chance sowohl zu richten als auch gerichtet zu werden, ist bis zu einem gewissen Grade von der sozialen Position abhängig. So bekennt z. B. Gertrud Oheim unmißverständlich: „Dem sicheren und in allen Sätteln des guten Tons gerechten Weltmann . . . verzeiht man den Verstoß gegen die guten Sitten eher als dem Durchschnittsmenschen." Verstöße gegen die Umgangsregeln werden also nicht immer sanktioniert: ist man erst einmal „oben", so berechtigt diese Tatsache, als „persönliche Leistung" zu Abweichungen von der Norm. Von den Autoren zu „liebenswerten Eigenschaften" und „kleinen Launen" erklärt, wird man als verständnisvoller Leser aufgerufen, diese zu tolerieren. Daneben fungieren jedoch die Umgangsformen gewissermaßen als Mobilitätskanal. Befolgt man sie angemessen, so erweisen sie sich als förderlich beim sozialen Aufstieg. Die Tatsache, daß heute der Beruf größtenteils die soziale Position eines Menschen bestimmt, wird in den Benimm-Büchern zwar nicht völlig ignoriert, aber sie tritt an Bedeutung weit hinter der Wirksamkeit guter Umgangsformen zurück. Korrektes, vorbildliches Benehmen wird sozusagen zum natürlichen Ausleseprinzip, daß es „die Unebenheiten des Lebenswegs glättet und damit zur unerläßlichen Voraussetzung eines jeden dauernden Erfolges wird . . . Um so weniger Leute es verstehen, mit gesellschaftlicher Gewandtheit aufzutreten, um so größer sind die Chancen für alle übrigen, die es verstehen".[5]) Man braucht zwar kein Diplomat oder Wirtschaftskapitän zu sein, um sich gut benehmen zu können, „doch sollte man — daran hat sich seit Jahrhunderten nichts geändert — sich gut benehmen, so man dieses oder ähnliches werden will".[6])

Nachdem die „gebildeten Kreise" mehr oder minder bewußt als Oberschicht etabliert worden sind und man die mobilitätsfördernde Wirkung der angewandten Umgangsformen betont hat, machen sich die Autoren ganz offen die „Sehnsucht nach Höherem" — wie es Meissner nennt — dienstbar. „Die kultivierten Menschen, die so mancher beneidet und deren Kreis ihm so fern erscheint, sind gar nicht unerreichbar."[7]) Mit Hilfe der richtigen Umgangsformen könne man nämlich — behaupten die Autoren — die gesellschaftliche Distanz überwinden. Man müsse nur die Spielregeln beherrschen, „deren Kenntnis jeder gebildete Mensch bei jedem anderen gebildeten Menschen ganz selbstverständlich voraussetzt".[8]) Wer gute Umgangsformen nicht durch die oft zitierte „Gute Kinderstube" vermittelt bekommt, sich aber aus der sozialen Schicht seiner Herkunftsfamilie lösen und aufsteigen will, soll sich am Erziehungsleitbild der „gebildeten Kreise" orientieren. Die Orientierung wird ihm in den Benimm-Büchern geboten. Sie belehren den Leser mit differenzierender Genauigkeit, wie er sich in bestimmten Situationen zu verhalten hat. Situationen, die in ihrer aufgeführten Vielzahl selbst nach Eingeständnis der Autoren weit über das hinausgehen, was der Leser allgemein zu wissen nötig hat. Von Tischsitten über Kleidungsvorschriften bis zur feinabgestuften Rangfolge beim Begrüßen werden genaue Regeln beschrieben und ihre strengste Einhaltung empfohlen. Soziales Handeln erscheint in den Benimm-Büchern als Zeremoniell, das zu verletzen „unerbittlich geahndet (wird), indem die Gesellschaft ihre Tore vor dem Außenseiter schließt".[9]) Es ist ein verwirrendes, kompliziertes Netz von Verhaltensnormen, das hier den Leser vor den folgenreichen Verstößen bewahren soll. Aber diese Normen sind modifizierbar: Es wird nämlich dem Leser die Entscheidung darüber gelassen, „was seinem Verkehrskreis am besten angepaßt ist".[10]) „Jeder Verkehrskreis" hat folglich andere Normen, die „festen" Regeln gelten bei weitem nicht immer und überall. Was erst als strenge Norm postuliert wird, wird anschließend relativiert. Die Fülle der demonstrierten, theoretischen Verhaltensweisen bleibt damit in der praktischen Anwendung zweifelhaft. Dies erkennend, appellieren die Verfasser auch freimütig an „Gefühl und Vernunft" der Leser, die letztlich zu entscheiden hätten, wie man sich wo benimmt.

Genau das wollte aber der Leser ja vermeiden. Schließlich bestimmen auch ohne Benimm-Regeln „Gefühl und Vernunft" die zwischenmenschlichen Beziehungen. Die Anleitung zum richtigen Benehmen, so hatte er gehofft, würde ihm gestatten, gerade n i c h t mehr „Gefühl und Vernunft" zu befragen, sondern ihm die Entscheidung über richtig und falsch abnehmen. Die Lektüre der Benimm-Bücher, so mußte er glauben, könne ihm feste Regeln vermitteln, die er nur zu erlernen brauchte, um sich richtig zu benehmen. Nun sieht er sich jedoch in der Annahme, daß die erlernten Umgangsformen auch tatsächlich — ohne mühsam Für und Wider abzuwägen — praktikabel sind, genasführt.

Neben einigen konfessionellen Moral-Brevieren, die vorzugsweise der „Charakterbildung" dienen wollen und relativ kleine Auflagen haben, sind jene Benimm-Bücher, die in ihren Einleitungen dem Leser mit einer angeblich veränderten Gesellschaftsstruktur schmeicheln, ihm „Erfolg durch gutes Benehmen" versprechen und ihm deshalb Kenntnis und Anwendung der Umgangsformen als notwendig nahelegen, mit erstaunlich großen Auflagen auf dem deutschen Büchermarkt vertreten. Ihre Notwendigkeit begründen sie zum Beispiel so: „Während die oberen Zehntausend herunterstiegen, kletterten ein paar Millionen herauf . . . Dieser Fortschritt muß ganz zwangsläufig dazu führen, daß viel weitere Kreise als früher auf gewandte Umgangsformen Wert legen . . . Man muß auch äußerlich den Platz ausfüllen, auf den man durch Zufall(!) oder Fleiß gelangt ist."[11]) Diese „paar Millionen", die hierauf geklettert sind, stellen wahrscheinlich einen Teil des Leserpublikums der Benimm-Bücher dar. Um ihrer neuen Status-Rolle gerecht zu werden, müssen sie sich über die damit verbundenen Rechte und Pflichten informieren. Und daß die Beherrschung und Anwendung eines feinen Umgangstons zu den Rechten und Pflichten des höheren sozialen Status gehören, entspringt vermutlich der traditionellen Vorstellung vom Privileg der „höheren Kreise", sich anders, ihnen gemäß zu benehmen — eine Vorstellung, die die Benimm-Bücher, wenn auch geringfügig geändert, bereitwillig übernehmen.

Ein weiterer Grund dürfte ganz allgemein der veränderte Lebensstandard sein, selbst wenn damit nicht unbedingt eine Veränderung des sozialen Status verbunden ist. „Wer seinen Lebensstandard verbessert, muß auch seine Umgangsformen verbessern . . ."[12]) Auswirkungen dieses verbesserten Lebensstandards — wie z. B. Auslandsreisen, vermehrter Theaterbesuch, Essen in besseren Restaurants — können die Beherrschung und Kenntnis der dieser Umgebung zugeschriebenen besonderen Umgangsformen erfordern. Hier wie dort dürfte die Vorstellung von speziellen Verhaltensweisen in einem neuen, ungewohnten Milieu ein gewisses latentes Unsicherheitsgefühl auslösen, das wiederum — aus der Absicht der Betroffenen sich richtig, d. h. konform zu verhalten — das Bedürfnis zur Lektüre der Benimm-Bücher wecken kann. Hier hofft man sich darüber informieren zu können, was man wie und wo zu tun hat.

FILMSTUDIO

Zeitschrift für Film

In Nr. 43 bringen wir u. a.

CUBA SI

(vollständiger Text des Films mit einer Einleitung von Chris Marker, der zu den zweifelhaften Methoden des 2. Deutschen Fernsehens Stellung nimmt.)

NEUES ZU CHAPLIN

DER JUNGE AMERIKANISCHE FILM

POLNISCHE FILMOGRAFIE

FILMKRITIKEN

darunter:

DR. SELTSAM

DIE VÖGEL

DIE KUNST GELIEBT ZU WERDEN

NEUN TAGE EINES JAHRES

DER MALTESER FALKE

Bestellen Sie FILMSTUDIO bei Ihrem Buchhändler oder bei Verlag Filmstudio, 6 Frankfurt/M., Mertonstr. 26–28. Preis des Einzelheftes: DM 1,50; Jahresabonnement: DM 6,–. Auf Wunsch auch kostenlose Leseexemplare.

Beurteilt an den Auflagehöhen, die die Benimm-Bücher haben, ist dieses Bedürfnis ziemlich groß. Obwohl sich keine absoluten Angaben machen lassen, scheint die Höhe der Auflagen die 2-Millionen-Grenze weit überschritten zu haben. Allein das im Bertelsmann Verlag erschienene „Einmaleins des guten Tons" hat eine Auflage von 1 315 000.

Der große Verkaufserfolg setzte — an den Auflagen gemessen — offenbar gleich nach der Währungsreform ein und hat bis heute noch nicht nachgelassen. Jede Buchgemeinschaft führt ein bis zwei Bücher dieses Genres in ihrem Programm; in den öffentlichen Städtischen Büchereien gehören sie meistens zu den oft ausgeliehenen Büchern; die Buchhändler bezeichnen den Verkauf als gut. Werksbüchereien führen sie ebenso wie Landschulen und Tanzstunden-Etablissements.

Zahlenangaben über die tatsächliche Verbreitung lassen sich allerdings nicht machen; auch über die soziale Struktur der Käufer bzw. Leser ist kaum etwas Gültiges auszusagen.

Bei einer Befragung mehrerer Buchhändler in verschiedenen Orten der Bundesrepublik wurde von diesen betont, daß kaum einer der Benimm-Buch-Käufer sich beim Erwerb auch als potentieller Leser zu erkennen gäbe. Fast ausnahmslos würde im Gegenteil versichert, man wolle das Buch weiterverschenken.

Ein anonymer Kauf wird auch vorgezogen, indem man in Warenhäusern oder Bahnhofsbuchhandlungen die Anstandsbücher kauft. Und schließlich zieht anscheinend ein sehr großer Teil die schriftliche Bestellung bei der Buchgemeinschaft vor. So sind z. B. von der 1 315 000-Auflage des „Einmaleins des guten Tons" bei Bertelsmann allein 1 025 000 an die Mitglieder des Bertelsmann Leserings verschickt worden. Zweifellos wird ein Teil der Bücher verschenkt, wie der erhöhte Umsatz vor Feiertagen, vor der Konfirmation usw. zeigt. Eine gewisse Scheu, beim Erwerb der Benimm-Bücher indirekt einzugestehen, daß man Umgangsformen nicht kenne und sich über sie informieren muß, ist — neben der Scheu überhaupt eine Buchhandlung zu betreten — jedoch wahrscheinlich der Hauptbeweggrund für den mehr oder minder anonymen Kauf.

Die befragten Buchhändler erklärten, daß sich über Alter, Geschlecht und Beruf der Käufer keine Angaben machen ließen, vermuteten aber übereinstimmend, daß es sich um „kleine Angestellte, Beamte oder deren Frauen" handele.

Dieser Vermutung entspricht bis zu einem gewissen Grade die Tatsache, daß Angestellte und Beamte fast zwei Drittel der Mitglieder bundesdeutscher Buchklubs stellen. Betrachtet man hierzu noch die Ergebnisse einer Umfrage bei verschiedenen Städtischen Büchereien, die ergab, daß zehnmal so viel sogenannte „Kopfarbeiter" oder deren Ehefrauen als „Handarbeiter" Benimm-Bücher ausleihen, so scheint die Annahme berechtigt, daß in dieser sozialen Schicht das stärkste Interesse für Benimm-Bücher herrscht.

Einem Milieu also, welches nach Ansicht der Soziologen besonders mobilitätsbewußt ist. Im Bewußtsein dieser Schicht gibt es auch jenes Bild von der „geschichteten Gesellschaft", dem die Benimm-Bücher mit ihrem Gesellschaftsbild so sehr entsprechen. Wenn ca. 70 Prozent der Benimm-Bücher in Städtischen Büchereien von Jugendlichen ausgeliehen werden, so muß das nicht gegen diese Annahme sprechen. Mehr als die Hälfte davon sind Ober- und Mittelschüler, die aus dem gleichen Milieu stammen können, ja, wahrscheinlich sogar stammen.

Mit dem „Eintritt ins Leben", d. h. die Welt der Erwachsenen, wollen sich die Jugendlichen über deren Verhaltensweisen informieren. Konfirmation, Tanzstunde, Beginn des Berufslebens sind auch für sie der Beginn für die Orientierung an den Normen der Erwachsenenwelt. Selbst bei entsprechender Erziehung im Elternhaus ergeben sich nun bei der Begegnung mit dem anderen Geschlecht, mit Vorgesetzten, mit Menschen aus einer anderen sozialen Schicht Situationen, bei denen das theoretische Wissen um spezielle Umgangsformen erst nach Repetieren in Benimm-Büchern eventuell praktisch angewandt werden kann.

Bei denen aber, die nur wenig oder keine Unterweisung in „guten Umgangsformen" genossen haben, erscheint die Lektüre der Benimm-Bücher vielleicht sogar als zwingende Notwendigkeit.

Erst beim Lesen können sie auf die beherzigenswerte Handlungsmaxime stoßen, die ihnen von Kurt Weisenfeld im „Modernen Knigge" offeriert wird: „Folgen Sie Ihrem Gefühl, aber lassen Sie die Vernunft mitbestimmen. Dann gehen Sie richtig um mit allen Menschen."

[1]) Zitate nach Alice Epting-Kullmann, Von der Höflichkeit des Herzens, Gelnhausen, 0. Jhg.
[2]) Graudenz, Das Buch der Etikette, Marbach 1956
[3]) Meissner, Man benimmt sich wieder, S. 13
[4]) Graudenz, aaO. S. 24
[5]) Meissner, aaO. S. 21
[6]) Graudenz, aaO. S. 26
[7]) u. [8]) u. [10]) Meissner aaO. S. 12, 14 und 23
[9]) Graudenz, aaO. S. 31
[11]) Meissner, aaO. S. 11
[12]) Meissner, aaO. S. 12

Die Theorie des Romans

Georg Lukács „Die Theorie des Romans", Luchterhand Verlag, Neuwied, 2. um ein Vorwort vermehrte Auflage.

Die Neuausgabe eines der wichtigen Jugendwerke von Georg Lukács „Die Theorie des Romans" liegt jetzt vor. Vom tiefen Eindruck, den es auf die Zeitgenossen machte, als es 1916 erstmals veröffentlicht wurde, ging wenig verloren. Max Weber, Ernst Bloch, Walter Benjamin, Lucien Goldmann rühmten es wie viele andere Lukács schrieb zum widerstrebend genehmigten Neudruck ein ausführliches Vorwort. Die Jugendarbeit umschreibt er als eine Art Selbstverständigung. Seine Bemühung sei zu abstrakt geblieben, betont er. Defoe, Fielding, Stendhal zum Beispiel hätten sich in seine ästhetischen Kategorien nicht einordnen lassen. Die scharfe Kritik trifft nicht nur das eigene Buch, sondern auch

die Zeitgenossen, denen Lukács eine falsche Verbindung von linker Ethik und rechter Erkenntnistheorie ankreidet. „Groteske Situation", sagt er, wenn er darauf hinweist, daß Bloch im Namen der „Theorie des Romans" gegen den Marxisten Lukács polemisierte (1). Andererseits — sollte es wirklich andererseits heißen? — attestierte Adorno Lukács „Heimweh", und zwar zur Utopie der Jugend, und fand so: „grotesk, daß er (Lukács) trotzdem immer noch den ‚Antirealismus der Dekadenz besiegen' will" (2). Das Vorwort macht deutlich, wie man sich in der wechselseitigen Polemik versteift hat. Es ist auch ein Dokument zur Geschichte des Buches.

Eine andere Seite dieser Geschichte beleuchten die strammen Antikommunisten. Günther Zehm, Welt-Feuilletonist, DDR-Flüchtling, meinte, Lukács habe nachgewiesen, der Roman schleppe als einzige Literaturform eine komplette Parodie mit sich herum, den trivialen Unterhaltungsroman. Lukács spricht aber nur von der am meisten gefährdeten Form, in die die Dissonanzen, das Werdende der Welt eingehen müssen, während er den bloßen Unterhaltungsroman einer „leeren Bewegtheit" zeiht, ihn Karikatur nennt. Zehm eifert am Thema vorbei, wenn er Parodie sagt, denn er vergreift sich damit schon feuilletonistisch am „Ulysses" und am Werk Th. Manns. Die Romantheorie knüpft ausdrücklich an Hegel und die ersten Theoretiker des Romans an, die Romantiker. Nach dem Spruch F. Schlegels scheint der Roman die ideale Form zu sein, wenn das Ganze, die Universalität, ins Reich der Phantasie auswandert. Für Lukács gilt der Roman als die bedeutendste literarische Form einer Welt, die ihre vorgegebene Substantialität verlor, einer Welt, in der der Mensch weder ganz zu Haus noch ganz fremd ist. Der Kantianische Ansatz aus „Die Seele und die Formen" wird nicht übernommen für die Untersuchung der großen epischen Formen Epopöe (Epos) und Roman. Die verschiedenen Formen drücken verschiedene Relationen der Seele mit der Welt aus. Diese Formen sind realistisch, denn sie gründen sich auf die Annahme einer Wirklichkeit oder einer möglichen aus der existierenden heraus. Eine außerzeitliche Struktur allerdings kennzeichnet die für die Formen bestimmende „Wesenssphäre". Eine Wirklichkeit wie eine grundlegende Gemeinschaft, „geschlossene Kultur" macht epische Literatur überhaupt möglich. Der Roman existiert erst bei einem tiefen Gegensatz zwischen Welt und Mensch, Gesellschaft und Individuum. Die Kategorie dieses Widerspruchs — nach der Hegelschen Dialektik — durchzieht den geschichtsphilosophischen Versuch Lukács'. „Die große Epik gestaltet die extensive Totalität des Lebens" (8). Bei den Griechen sind noch „die Beziehungen zu den anderen und die Gebilde, die daraus entstehen . . . geradezu substanzvoll" (S. 26). In der Griechenwelt drückte die Epopöe adäquat das Verhältnis von Welt und Seele aus. „Schon der vordichterische Prozeß einer mythologischen Umspannung alles Lebens hat das Sein von aller trivialen Schwere gereinigt, und in den Versen Homers öffnen sich bloß die zum Aufblühen bereiten Knospen dieses Frühlings" (S. 55). (Der Knospentopos weist hin auf die romantisierende Anschauung von der direkten Seelenaussprache bei griechischen Epikern.) Der Lenz wirkt noch in Dantes Divina Commedia; sie qualifiziert noch die „Immanenz des Lebenssinnes", die aber schon ins Jenseits verlagert ist. Die „Lebensimmanenz des Sinnes" mußte versinken beim kleinsten Erbeben der transzendentalen Gegebenheiten. Eine nur hinzunehmende Totalität ist dann für die Formen nicht mehr gegeben, die Substantialität ins Subjekt verlagert. „Die Brüchigkeit des Weltaufbaues dennoch in die Formenwelt hineinzutragen" oder „das zu Gestaltende so weit verengen oder verflüchtigen, daß es von ihnen (den Formen) getragen werden kann" (S. 33), bleibt dem Romanschreiber nur übrig. Die Gattungen sind a priori; die Formen einer geschichtsphilosophischen Dialektik unterworfen wegen „Anderswerden der transzendentalen Orientierungspunkte". Alles Streben, das Griechentum wiederaufleben zu lassen, verfällt der mehr oder weniger bewußten „Hypostasie der Ästhetik zur alleinigen Metaphysik" (S. 32). Die Tragödie allein, als reines und lebensfernes Wesen, vermochte sich zu behaupten. Die Epopöe jedoch machte dem Roman Platz.

Die Epik nämlich ist empirisch. Wenn sie ihren Grund verläßt, wird sie subjektiv-lyrisch oder objektiv-dramatisch. Das „Leben" aber erscheint nur als Schatten. So bei Vergil; und Zola dokumentiert „monotone Ergriffenheit" vor der „übersichtlichen Verzweigung eines soziologischen Kategoriensystems" (S. 44). „Es ist nicht die Totalität des Lebens, die gestaltet wird, sondern die wertende oder verwerfende Stellung des Dichters" (S. 48). Der Roman ist Ausdruck der „transzendentalen Obdachlosigkeit" (S. 53), der „gottverlassenen Welt" (S. 87), die Epopöe eines Zeitalters, „für das die Lebensimmanenz des Sinnes zum Problem geworden ist" (S. 53). Was organisch nicht mehr gegeben ist, kann auch die künstlerische Organisation, die Artistik nicht mehr leisten. Es ist das Paradoxon von der Subjektivität, die „alles gestalten" will und „deshalb gerade nur einen Ausschnitt spiegeln kann". Für die Epik, das „Leben", ist ein Problem Abstraktion. Ein Problem aber ist konkrete Idee des Ganzen. Es gibt nur ein Dasein aus Beziehungen zum Zentrum, zur „Wesenssphäre". In der Form muß die unharmonische Beziehung des Romanhelden zur Außenwelt einbezogen werden. Das problematische Individuum ist konstitutiv für den Roman. „So objektiviert sich die formbestimmende Grundgesinnung des Romans als Psychologie der Romanhelden: sie sind Suchende." (S. 58). In der Lyrik kann Sinnesimmanenz gerettet werden, wenn „reinste Innerlichkeit" zur Substanz wird; das Subjekt wird alleiniger Träger des Sinnes. Der Romanform kann Subjektivität nur bloße Stimmung bedeuten. Jene transzendiert zu Drama oder Lyrik oder verengt sich zur Idylle oder sinkt zur Unterhaltungslektüre (S. 69). Wenn der subjektive Aspekt der Romanform erkannt wird, kann die Ironie funktionieren als „Selbstkorrektur der Brüchigkeit" (S. 73). Die Romangestalt wird auf

überpersönliche Idealwelt bezogen und als Gestalt trotzdem realisiert. Diese „Biographie" bildet die „äußere Form" des Romans. Seine innere bildet ab „die Wanderung des Individuums zu sich selbst" (S. 79). Das problematische Individuum entzieht sich der „unmittelbaren sinnlichen Gestaltung" (S. 76). Diese „diskrete Grenzenlosigkeit" des Romans wird eingefaßt durch die biographische Form. Für die gottverlassene Romanwelt adoptiert Lukács das „Dämonische" des späten Goethe. Die dichterische Ironie zeigt das Wirken der Dämonen.

Lukács arbeitet, nachdem er Gemeinsames feststellte, Haupttypen des Romans heraus. Autoren und Werke werden vom nicht manifesten Charakter der die Romanstruktur kennzeichnenden Wesentlichkeit umfaßt. Den Typ des abstrakten Idealismus sieht Lukács am deutlichsten verbunden mit dem „dämonischen Charakter" mit dem zu engen Bewußtsein für die Komplexität der Welt. „Die Seelenstruktur muß die mögliche Handlungsmasse vollständig atomisieren" (S. 100). Der „Don Quixote" bietet das große Beispiel dazu. Wenn die Verengung weitergeht, werden die Figuren farblos und lehnen sich an „bürgerliche Wohlanständigkeit". Dickens läßt das „flach" und „spießbürgerlich" erscheinen. Dem Genie Balzac erweist Lukács Reverenz, da er ihm Rettung der Sinnesimmanenz bescheinigt durch „paradoxe Homogeneität des Stoffes", entsprungen der „extremen Heterogeneität seiner Elemente" (S. 109); Balzacs Mittel: „novellistische Konzentration". Gerade Balzac, der von der Romankarikatur, der Unterhaltungslektüre herkam, ward ein Retter der Sinnesimmanenz. Dabei ermangelt die Comédie Humaine weitgehend eines Romankonstituenz nach Lukács, des problematischen Individuums (9).

Der zweite Typ geht den style pur an. Das „Individuum trägt ausschließlich in sich selbst seinen Wert" (S. 119), „eine Utopie, die von vornherein ein schlechtes Gewissen hat". Die Stimmung, die den Roman trägt, ist die der Illusionsromantik. Hier stellt sich der Lyrismus ein, der neben allem Hohn auf die Welt noch resigniert beim Anblick bürgerlicher Wohlanständigkeit sagt: „Ils sont dans le vrai" (Flaubert). Aber jede Bejahung ließe nur wiederum eine „wohlfeile . . . Satire entstehen". „Die größte Diskrepanz zwischen Idee und Wirklichkeit ist die Zeit." Deren träge Stetigkeit zwingt der desillusionierten Subjektivität fremde Inhalte auf. Hoffnung und Erinnerung sind Lebensteile, „an den erlebten Augenblick gebunden". Der dritte Romantyp beruht auf dem Formprinzip einer Annahme der Versöhnung von Innerlichkeit und der Welt. Pädagogik ist Trumpf. Das Musterbeispiel führt Lukács vor mit „Wilhelm Meister". Die Wirklichkeit unterliegt einer Romantisierung. Novalis erkannte die Gefahr des bloß Persönlichen — ohne Konsequenz. Lukács nennt den romantischen Stil „Geheimnistuerei ohne verborgenen Tiefsinn" (S. 147).

Bei der Analyse Tolstojs hebt Lukács hervor, daß die Romanform selbst problematisch werde. Tolstoj kann, da er einer bäuerlichen Organik nähersteht, der „Natur" entsprechen. „Der Muschik stirbt ruhig . . . der Baum stirbt ruhig" (S. 150). Im Namen der „Natur" will Tolstoj ein Sein realisieren, dessen Totalität in der Kultur befangen ist. Diese „Animalität" wirkt sich künstlerisch aus als trostlose Öde des Epilogs zu „Krieg und Frieden". Lukács: „Kinderstubenatmosphäre". Zur Kulturproblematik des Desillusionsromans gesellt sich hier die Problematik der „Natur". Diese Artistik nennt Lukács „Barock der Form Flauberts" oder auch abstrakte Erneuerung der Epopöe. Damit schließt die Typologie, um dem Lebensretter Dostojewskij den Platz auf dem neuen Parnaß zuzuweisen.

„Die Theorie des Romans" ist von „objektivem Idealismus" durchdrungen, so sagt der Verfasser. Dem Stil und der Intention nach bewegt sich der Versuch zwischen wissenschaftlicher Abhandlung und Essay. Lukács beschränkt sich auf eine Analyse der Romanstruktur als Ausfluß der „Wesenssphäre". Das Subjekt beschreibt nur wiederum die Grenzen des Subjekts. Lukács hält phänomenologisch Erscheinungen fest. Und es ist die im Subjekt gegebene künstlerische Organisation, die Lukács einen Idealtypus entwickeln läßt. Mit Fichte heißt Lukács das Zeitalter eines der „vollendeten Sündhaftigkeit" und markiert es so als eines des Niederganges. Das Buch ist idealistisch und enthält wohl nichts, was an Literatursoziologie oder des Autors späteren Marxismus erinnern könnte. Lukács reflektiert nicht auf Vermengungen ästhetischen Gehalts mit realer Geschichte. Er spricht utopische Hoffnung aus. Der gute Ton der expressionistischen Jahre klingt in einer gewissen messianistischen Erwartung (Dostojewskij) an. Sein Buch ist sehr hegelianisch — und richtet sich gegen Hegel. Lukács historisiert dessen ästhetische Kategorien und nennt die Romanelemente im Hegelschen Sinne abstrakt. Die Zeit versah Hegel mit fortschrittlicher Bedeutung der Vervollkommnung. Für Lukács gilt die Zeit als Vorgang eines Abbaues, als Ausdruck der Diskrepanz zwischen Mensch und Absolutem. Lukács scheint geradezu über Proust gearbeitet zu haben. Die Romane Prousts erschienen später als das Werk Lukács'. Proust äußerte in einem Interview vereinfachend, er habe geradezu Bergsonsche Romane geschrieben. Auch „Der Zauberberg" von Th. Mann erinnert an solche Zeitproblematik. Die anderen Anregungen sind zu zahlreich gewesen, um hier genannt zu werden. Lukács trennte sich nie ganz von Hegelscher Ästhetik. 1936 heißt es, man müsse als sozialistischer Realist auf Goethe zurückgehen, wovon eben Hegel überzeuge (10). Beim späten Lukács leben noch immer der „dämonische Held", ebenso wie die „Lebensimmanenz" und das „problematische Individuum" wiederkehrt (11). Das gründet wohl wesentlich auch in der Beschreibung zumindest der psychischen Probleme der Verdinglichung. Er rührt in der Romantheorie an das, was bei Marx als Entfremdung menschlicher Beziehungen in der kapitalistischen Warenwelt beschrieben wird; die übermächtige Sphäre der Produktion droht, dem Bewußtsein die aktive Funktion zu entziehen.

Der Autor wird als Börsenwert gehandelt. Die Problematik des Risses zwischen Welt und Mensch, diese Brüchigkeit, diese Entfremdung, weist auf die Marxsche Analyse des Warenfetischismus. Lukács konnte seine Theorie gerade am schon verlorengehenden Gegenstand, dem individuellen Helden entwickeln. Es versteht sich, daß Lukács, wenn er von zweiter Natur und der Epoche des griechischen Epos als Kindlichkeit spricht, idealistisch-normativ beschreibt, noch vom griechischen Parnaß aus. Es handelt sich um keinen direkten Zusammenhang, wenn Marx die Griechenwelt als geschichtliche Kindheit menschlicher Entwicklung bezeichnet. Lukács hatte noch mit der Gefahr der Mythologisierung, der Verklärung zu schaffen. „Alle Mythologie . . . verschwindet . . . mit der wirklichen Herrschaft über dieselben (Naturkräfte)" (12), sagt Marx, und er fügt hinzu, daß das Epos nur produziert werden konnte in klassischer Gestalt, solange es keine Kunstproduktion als solche gab. Der Reiz auch auf uns noch, „die eigentliche Schwierigkeit", hängt zusammen mit dem Wissen von unmöglicher Wiederkehr des Nährbodens, der Gesellschaftsstufe. Das Unbehagen an der heutigen entfremdeten Gesellschaft konstatierte Lukács. Er erweiterte dann sein Blickfeld über den Romanhorizont hinaus, innerhalb dessen immer noch Schwächen der Gesellschaft dem Subjekt angelastet werden und so der Innerlichkeit anheimfallen. Lukács schilderte Phänomene der Verdinglichung, ein Begriff, den er erst später in „Geschichte und Klassenbewußtsein" lehren sollte. Wir verdanken Lukács mehr Klarheit. Es gilt nach wie vor: „Lukács ist seit Anbeginn seiner schriftstellerischen Laufbahn stets fleißiger gelesen als öffentlich gelobt worden" (Hans Mayer).

Helmut David Wittenberg

Literaturnachweis:

1 G. Lukács „Die Theorie des Romans", 1963, Vorwort S. 13.
2 Th. W. Adorno „Erpreßte Versöhnung" in „Der Monat", Heft 122, 1958, S. 39—49 aus Anlaß des Buches „Wider den mißverstandenen Realismus" — eine Verhandlung mit scharfem Urteil; dementsprechend oft von Kritikern zitiert.
3 „Die Welt" vom 7. 12. 1963, zweimal muß Lukács herhalten.
4 Wieder abgedruckt in „Der russische Realismus in der Weltliteratur", Bln., 1952.
5 G. Lukács „Literatursoziologie", herausg. v. P. Ludz, Neuwied, 1961, S. 114, aus dem Aufsatz „Tendenz oder Parteilichkeit", ursprünglich in „Die Linkskurve", IV, 6, 1932.
6 s. (4) a. a. O. S. 141.
7 s. (5) a. a. O. S. 115.
8 „Die Theorie des Romans", S. 41, die im Text genannten Seitenzahlen beziehen sich alle auf die Neuausgabe.
9 Lucien Goldmann im Nachwort zu „La Théorie du Roman", Genf, 1963, s. a. S. 173. Goldmanns Bemerkungen sind dankenswert klar und anregend, z. T. aber vergröbernd.
10 s. (5) a. a. O. S. 394.
11 a. a. O. S. 423 und auch (4) a. a. O. S. 137.
12 K. Marx „Zur Kritik der politischen Ökonomie", Bln., 1958, S. 268/69.

Sozialrebellen

Eric J. Hobsbawm: Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert — Soziologische Texte Bd. 14; 269 S.; Anhang: Selbstzeugnisse von Sozialrebellen; Luchterhand, Neuwied 1962; aus dem Englischen.

Hobsbawms gelungene Studie setzt sich hinweg über die geltende Arbeitsteilung des Wissenschaftsbetriebes; so verweist sie auf deren Unsachgemäßheit, zumal auf das Handikap, das die Trennung von Soziologie und Geschichte für das Verständnis gesellschaftlicher Phänomene bildet. Soziologie, wie sie als ahistorische und formalisierte à la mode ist, ist gar nicht imstande, die archaischen Sozialbewegungen adäquat zu fassen. Geschichte, die, wenn auch nicht mehr als Geschichte großer Männer, so doch als Geschichte großer Politik betrieben wird, ist nur beschränkt interessiert an solchen „Randphänomenen" des großen Weltlaufs. Also nicht akademischen Interesses sind die primitiven Sozialbewegungen — wie Sozialbanditentum vom Typ des Robin Hood, Mafia und mafiaähnliche Gebilde (Sizilien), chiliastische Strömungen (andalusischer und sizilianischer Bauernkommunismus), vorindustrieller Mob und Arbeitersekten. „Archaisch" sind sie, weil der soziale Protest, den sie allemal bedeuten, sich noch tastend, präpolitisch, rückständig — wie es rückständigen Bedingungen entspricht — artikuliert, sei es unter Zuhilfenahme der tradierten religiösen Vorstellungswelt wie beim bäuerlichen Chiliasmus oder den englischen Arbeitersekten der frühen Industrialisierungsphase, sei es völlig unorganisiert, an der überlieferten Ordnung orientiert und letztlich hilflos wie beim Sozialbanditentum. Vielfältig sind die Formen dieser primitiven Artikulationsversuche, und auch ihre Entwicklung ist es; von den jeweiligen besonderen Bedingungen hängt ab, ob, wie und inwieweit der unbeholfene soziale Protest in moderne Sozialbewegungen transformiert resp. von ihnen absorbiert werden kann, oder ob er sozusagen ungehört verhallt. Doch entspringen alle diese Bewegungen der nämlichen Situation: dem Einbruch des modernen kapitalistischen Systems in eine traditionelle Ordnung, der die Unterschichten vor die Aufgabe stellt, sich wider den Druck moderner, ihnen zunächst unbegreiflicher Bedingungen zu wehren und im Laufe dieser Auseinandersetzung mit der modernen Welt selbst modern zu werden — einer Situation also, die heute für den größten Teil der außereuropäischen Welt typisch ist, ja selbst noch für einige Teile Europas zutrifft. Aktuell und praktisch bedeutsam ist also das vorliegende Thema.

Ein besonderer Vorzug der Studie liegt in der Fähigkeit des Autors, sich in seinen Gegenstand einzufühlen, sich hineinzudenken; nur solche Identifizierung ermöglicht wirkliches Verständnis; das zeigt — allen asketischen Priestern des Geistes zum Trotz —, daß Wissenschaft der Liebesfähigkeit

bedarf. Des Autors eigene Hingabe an die Sache bewirkt das Betroffensein des Lesers, betroffen macht das Utopische, wie es in all den tastenden, scheiternden oder schließlich zukunftsfähigen Bestrebungen hervortritt. „Der Millenarismus . . . kann und wird jeden, dem das Schicksal der Menschen wichtig ist, tief bewegen . . . Und keiner kann das Zeugnis solcher Menschen wie der anonymen Bauersfrau aus Piana lesen, ohne zu hoffen, daß ihr Geist bewahrt werden möge." Die Berührung mit der chiliastischen Sehnsucht berührt seltsam in einer Phase der Stagnation und der Vergötzung des status quo — und regt zum Nachdenken an.

Dietlind Eckensberger

ZUR KRITIK DER NOTSTANDSGESETZGEBUNG

Neue Stellungnahmen,
Überblick und Vergleiche
von Jürgen Seifert und Bernd Hartmann
Frankfurt am Main 1964

Zur Kritik der Notstandsgesetzgebung bedarf es mehr als bei den großen politischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre der Information und des Sachwissens. Zudem besteht die Gefahr, daß sich die Kritik mit der Zeit beruhigt und sich mit den Plänen der Bundesregierung abfindet.

Inhalt:

I Neue Stellungnahmen zum verfassungsändernden Notstandsgesetz

II Notstandsrecht und internationale Verpflichtungen

III Staatsnotstand und Notstandsrecht in den NATO-Mitgliedsstaaten

IV Literatur zur Notstandsgesetzgebung

Sie erhalten diese Dokumentation für DM 1,50 auf Bestellung (bei Sammelbestellungen ab 100 Exemplaren je Heft DM 1,–) bei

JÜRGEN SEIFERT
6000 FRANKFURT/M.-W 13, GRÄFSTRASSE 39

Leserbrief

Wir drucken Auszüge aus einem Leserbrief zu dem Artikel „Probleme einer neuen sozialistischen Strategie" von Thomas von der Vring in nk 21 ab.

Strategie im politischen Bereich ist nicht mehr und nicht weniger als die Konzeption, um ein ins Auge gefaßtes Ziel zu erreichen, während im gleichen Zusammenhang Taktik die konsequente Nutzung der Gegebenheiten mit gegebenen Mitteln darstellt.

Hat die sozialistische Arbeiterbewegung eine Konzeption, einen „Leitfaden", und nutzt sie konsequent die Gegebenheiten? Ist die sozialistisch-demokratische Arbeiterbewegung wirklich gescheitert?

Wo in einer Gesellschaft Klassen, verschiedene Interessen vorherrschen, wird die Klasse, wenn sie mit ihrer Daseinsweise zufrieden ist, in jedem Falle versuchen, sich diese Daseinsweise zu erhalten. Die mit ihrer Daseinsweise unzufriedene Klasse wird bestrebt sein, ihre Daseinsweise zu verbessern. Sie berührt damit aber die Interessen der „anderen Klasse", ob sie das will oder nicht, und führt, ob ihre Zugehörigen dies wissen oder nicht, den Klassenkampf. Der „Begriff" Klassenkampf ist kein strategisches Schlagwort, sondern eine Realität in einer Gesellschaft mit verschiedenen Interessen.

Dieser Klassenkampf ist unmerklich in ein derart fortgeschrittenes Stadium getreten, daß jeder Erfolg der Arbeiterklasse die Macht der herrschenden Klasse einengt. Sozialismus muß das Produkt gesellschaftlicher Entwicklung sein, muß aus dem Wollen der Mehrheit entstehen. Wo „er" als Befehl oder Gesetz „eingerichtet" werden soll, wird er absolut scheitern.

Der Sozialismus kann nur Anliegen derer sein, die ihre Daseinsweise mit Verkauf der Arbeitskraft begründen. Der hungernde Arbeitslose fordert Brot und Arbeit! Der in Arbeit Stehende fordert Erhaltung des Erreichten, bis er an das Erreichte gewöhnt ist; dann fordert er Verbesserung der Arbeitsbedingungen und mehr Brot. Dies ist keine Strategie, sondern natürlich. War man einst der Meinung, man müsse die Klassengegensätze durch Arbeiternot sichtbar machen, ist dies heute viel einfacher: Jeder Fortschritt ist eine Herausforderung an die Bourgeoisie, sie setzt sich zur Wehr und zeigt damit dem Arbeiter selbst die Gegensätze auf.

Der Klassenkampf hat eine Doppelfunktion: Verbesserung der Daseinsweise der Schaffenden, identisch mit Machtabbau der Bourgeoisie, was zwangsläufig Fortschritt in Richtung Sozialismus darstellt! Die Partei hat die Aufgabe, durch Übernahme der parlamentarischen Macht zu verhindern, daß dem gewerkschaftlichen Klassenkampf der berühmte Riegel vorgelegt wird.

Die Arbeiterbewegung ist nicht gescheitert, sie marschiert, gescheitert ist unsere Ungeduld.

Rudi Doppler

Zeitschriftenhinweise

Die Chancen für eine Abrüstung, für die der diesjährige Ostermarsch sich wieder entschieden einsetzte, können nur richtig beurteilt werden, wenn man die Bedeutung der Rüstung für die Volkswirtschaft der betroffenen Länder analysiert. Drei Arbeiten zu Problemen der Abrüstung sind in der letzten Zeit erschienen. In „werkhefte", 12/63, schreibt Heinz Raspini über „Wirtschaftspolitik und Friede". Der Aufsatz beschäftigt sich mit der gefährlichen Verquickung von Konjunktur und Rüstung in der westlichen Welt. „In der Begriffswelt der Experten handelt es sich bei dem ökonomischen Problem des Rüstungsabbaus um einen Sonderfall der Konjunktur- und Strukturpolitik. Die konjunkturpolitische Aufgabe besteht in der Sicherung der allgemeinen Beschäftigungslage. Aussichtsreiche Abrüstungsverhandlungen beziehungsweise eine effektive Abrüstung führen über getrübte Absatzerwartungen, Investitionseinschränkungen und die Einschränkung der staatlichen Rüstungsaufträge zu einer verkleinerten Gesamtnachfrage. Diese Gesamtnachfrage muß gegebenenfalls mit Hilfe der Steuerpolitik, der staatlichen Ausgabenpolitik, der Geld- und Kreditpolitik, der Außenhandelspolitik gestärkt werden. Als sinnvolle Alternativen bieten sich an: eine Steigerung der Kaufkraft bei den unteren Einkommensschichten und verstärkte öffentliche Investitionen im sozialen und kulturellen Sektor. Der UN-Bericht (Bericht über die Auswirkungen einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung auf die Wirtschaft, am 12. 3. 1962 vorgelegt) weist darauf hin, daß mit einer Abrüstung ein erweiterter Ost-West-Handel möglich wird. Daraus dürften sich starke Konjunkturimpulse ergeben. Besonders wird hervorgehoben, daß sich das Problem für die abrüstenden Industrieländer durch eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf eine Produktion für die Entwicklungshilfe erleichtern läßt. Damit könnte den ökonomisch zurückgebliebenen Ländern eine rasche Entwicklung ermöglicht werden."

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten in Heft 2/64 einen Beitrag von Prof. Seymour Melman (New York) über „Ökonomische Alternativen zur Rüstungs-Prosperität", der eine Analyse des amerikanischen Senators George McGovern über die Anfangsstufen einer wirksamen Umstellung von Rüstungs- auf Friedenswirtschaft heranzieht. — Die Zeitschrift „atomzeitalter", deren Lektüre zu empfehlen ist, publiziert in Heft 3/64 den ersten Teil einer Untersuchung von Heinz Theo Risse „Kapitalismus und Abrüstung (I)". Risse verweist auf die Funktion der Rüstung in den Vereinigten Staaten als Motor des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts, damit zugleich als Stabilisator des sozialökonomischen Systems. „Sie ist an die Stelle jener Krisen und Kriege getreten, mit deren Hilfe sich der Kapitalismus früher immer wieder seiner aufgestauten Widersprüche entledigen und an ein neues technisches und wirtschaftliches Niveau anpassen konnte. Rüstung bedeutet also Wirtschaftskrise in Permanenz." „Die institutionalisierte Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Staat, die heute fast ausschließlich der Rüstung dient, ist für den Fortschritt der Industriegesellschaft unentbehrlich. Aber sie muß, darauf läuft Abrüstung letzten Endes hinaus, vernünftigen politischen Zielen dienstbar gemacht werden. Das unterwirft beide, das veränderte und weiter zu verändernde sozialökonomische System wie dessen Ziele, einer öffentlichen Diskussion, wie sie auf dem Weg über Rüstung und Rüstungswettlauf niemals möglich sein wird, weil diese sich immer hinter dem Schleier von Staatsgeheimnissen und der hehren Ethik der ‚Verteidigung heiligster Güter' verbergen können. Eine solche Vorwegnahme der abgerüsteten industriellen Gesellschaft des Westens geht daher an den Kern ihrer gegenwärtigen ideologischen und institutionellen Existenzgrundlagen."

Zu Fragen des technischen Fortschritts, insbesondere der Automation, sind eine Reihe instruktiver Abhandlungen erschienen. Der „Spiegel" brachte in Nummer 14/64 als Titelgeschichte „Automation in Deutschland", die viele Materialien und Details vermittelt. Dazu ein Interview mit Dr. Günter Friedrichs, dem Experten für Automation und Kernenergie beim Vorstand der IG Metall: „Sind 35 Stunden genug?" Von G. Friedrichs redigiert ist 1963 der Sammelband „Automation und technischer Fortschritt in Deutschland und den USA", Europäische Verlagsanstalt, herausgekommen. Er vereinigt ausgewählte Beiträge zu einer internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall, die vom 3.—5. Juli 1963 in Frankfurt am Main stattfand. Den Auswirkungen des technischen Fortschritts auf Beschäftigungsstand, Lohnfindung und den „sozialen Besitzstand" wird in intensiven Untersuchungen nachgegangen. Unter den Autoren besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß, wie G. Friedrichs es ausdrückt, „Vollbeschäftigung und wirtschaftliches Wachstum nur durch sorgfältige Vorausschau und Wirtschaftsplanung gesichert werden kann". Kontrovers ist heute noch die Frage, inwieweit vernünftige ökonomische Planung unter — wenn auch modifizierten — Formen kapitalistischen Wirtschaftens möglich ist. — Automation als gesamtgesellschaftlich relevantes Phänomen ist der Gegenstand der Schrift „Automation und Gesellschaft" von Walter Buckingham, die im S. Fischer Verlag in der Reihe „Welt im Werden" erschienen ist. In „atomzeitalter" 1/64 schreibt Buckingham über „Automation, Ausbildung, Beschäftigung"; über Erfordernisse und Folgen der Automation in den USA für Ausbildungsstandard und Beschäftigungsniveau; an die Stelle der Spe-

zialisierung tritt fortwährende Umschulung und Anpassung. — „Gesellschaftliche Perspektiven der Automation" nennt Friedrich Pollock, dessen Automationsbuch (Europäische Verlagsanstalt) in diesem Frühjahr in überarbeiteter Fassung neu erscheint, einen Aufsatz in „atomzeitalter" 2/64. Darin heißt es: „Das größte Hindernis für eine rationale Lenkung der Wirtschaft für andere Zwecke als die der Kriegsführung war bisher das Problem, den für die Entscheidung verantwortlichen Stellen rechtzeitig alle notwendigen Informationen zugänglich zu machen. — Die Leistungsfähigkeit der Elektronenrechner hat diesen Engpaß durchbrochen." „Psychologischen Folgen der Automation" in den USA geht Donald M. Michael in „atomzeitalter" 3/64 nach.

Einen Beitrag zur Diskussion über die technologische Arbeitslosigkeit liefert Konrad Thomas in Heft 3/64 der „Frankfurter Hefte": „Mobilität als Voraussetzung für soziale Sicherheit". Die „Arbeitsunsicherheit", die unter anderem bei mangelhafter Information durch technologische Veränderungen im Betrieb und Büro hervorgerufen wird, kann reduziert werden durch das Erlernen von Mobilität. Deren Basis müßte nach Thomas eine Grundausbildung sein, „die eine vielseitige Verwendung möglich macht". Die Spezialisierung wäre in die Praxis zu verlagern. „Die Verbindung von rahmengebundenen, groß angelegten Sicherungsmaßnahmen mit einer neuen Beweglichkeit erst schafft die Berechtigung, die neuen Bedingungen technisierter Industriearbeit nicht als etwas anzunehmen, dem man nicht mehr entrinnen kann, sondern für ein Faktum echten Fortschritts zu halten." — In den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" 3/64 wird die Diskussion über den Investivlohn beziehungsweise die investive Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer mit „Thesen zur Eigentumspolitik" von Theo Thiemeyer fortgesetzt. Die Konzeption einer investiven Gewinnbeteiligung, die für die Arbeitnehmerschaft „überbetriebliches Eigentum in Form von Anteilspapieren" bedeutete, zielt auf eine Art Sondereigentum von Großgruppen ab, das sich neben einer Konzeption von Vergesellschaftung, wie sie z. B. Karl Korsch ansatzweise in seiner kleinen Schrift „Was ist Vergesellschaftung?" entwickelte, wie eine einseitige Abfindung ausnimmt. Die Sondernummer der „arbeitshefte" vom 20. 2. 1964 zieht Bilanz: „Das Jahr 1963 der Deutschen Gewerkschaften". Über aktuelle Fragen und Aufgaben der IG Metall informiert „Der Gewerkschafter", der als Monatszeitschrift für die Funktionäre der IG Metall erscheint.

Detaillierte Informationen über Entscheidungen der politischen Justiz in den letzten Monaten vermittelt der 10. Rundbrief an die Mitglieder des Amnestieausschusses, den Rechtsanwalt Walter Ammann (Heidelberg, Hauptstraße 113) verfaßt hat. Das in den Hinweisen in Heft 21 der „neuen kritik" erwähnte Referat von Prof. Maihofer „Staatsschutz und Rechtsstaat" ist in Heft 1 und 2/64 der „Blätter für deutsche und internationale Politik" abgedruckt. — In Heft 2/64 von „atomzeitalter" schreibt Hans Paul Bahrdt über „Forschung und Verwaltung".

Ossip K. Flechtheim hat in „werkhefte" 3/64 einen Aufsatz mit dem Titel „Der Sozialismus zwischen Skylla und Charybdis" publiziert, der nach den Chancen der sozialistischen Bewegung fragt. Das erste Heft der angekündigten „Revue Internationale du Socialisme" (Janvier-Février 1964), die in französischer und englischer Sprache erscheint, bringt u. a. eine größere Abhandlung von Ernest Mandel „Les Partis Socialistes et le Marché Commun". In dem selben Heft schreiben Marcel Deneckere, Jürgen Seifert, Lelio Basso und Jean-Marie Vincent über Versuche zur Einschränkung des Streikrechts in Belgien, Deutschland, Italien und Frankreich: „Les atteintes au droit du grève". — Reflexionen über „Naissance d'un syndicalisme étudiant" hat Marc Kravetz in „Les Temps modernes" 2/64 veröffentlicht. In derselben Nummer sind zwei Beiträge von Georg Lukács und Isaac Deutscher erschienen; von Lukács „Contribution au débat entre la Chine et l'Union Soviétique", von Isaac Deutscher „Les trois courants du Communisme". Die Zeitung „express international" bringt in Nummer 8/Jg. I ein „Interview mit Ben Bella", in dem sich dieser zur Zukunft der algerischen Revolution äußert.

Ebenfalls in Nummer 8 schreibt Christian Rot über die gegenwärtige Funktion der Freizeit: „Zeit haben ... wozu?" Der aktuellen kommerzialisierten Freizeitgestaltung hält er das Bild einer heute objektiv möglich gewordenen Freiheit der Menschen entgegen, die sich in einer adäquaten politischen Teilnahme an Kultur und Wirtschaft ausdrücken könnte. „Sexualität und Herrschaft" ist der Titel einer Studie von Fabrizio Parboni über Wilhelm Reich, die in Nummer 7 von „express international" erschienen ist. — Die „Neue Rundschau" 1/64 publiziert die große Arbeit zur späten Lyrik Hölderlins von Theodor W. Adorno: „Parataxis". Parataxen sind jene kunstvollen Störungen in Hölderlins Gedicht, „die Verwandlung der Sprache in eine Reihung, deren Elemente anders sich verknüpfen als im Urteil". „Die Anklage gegen die Gewalttat des sich zum Unendlichen gewordenen und sich vergottenden Geistes sucht nach einer Sprachform, welche dem Diktat von dessen eigenem synthesierenden Prinzip entronnen wäre." — „Kafkas Tiere und die bürgerliche Gesellschaft" nennt Friedrich Tomberg einen Interpretationsversuch in „Das Argument 28", das Problemen der Ästhetik gewidmet ist. „Filmstudio 42", das in Frankfurt am Main erscheint, enthält eine mikrologische Analyse des Francesco-Rosi-Films „Wer erschoß Salvatore G.?" von Wolfram Schütte, die den gesellschaftlichen Gehalt in seiner filmtechnischen Realisation versteht.

Gunter Wegeleben

edition suhrkamp — für 3 Mark

April

61 Jürgen Becker, Felder
62 Wladimir Majakowski, Wie macht man Verse?
63 Hans Magnus Enzensberger, Bewußtseins-Industrie. Einzelheiten I
64 Heinar Kipphardt, In der Sache J. Robert Oppenheimer

Mai

65 Max Frisch, Die Chinesische Mauer
66 Erich Franzen, Aufklärungen. Essays
67 Erich Heller, Nietzsche. Drei Essays
68 Peter Weiss, Jean Paul Marat

Juni

69 T. S. Eliot, Ein verdienter Staatsmann
70 Bertolt Brecht, Über Lyrik
71 Alexander Block, Essays
72 Siegfried Kracauer, Straßen in Berlin und anderswo

Werkausgabe Proust — für 5 Mark

Dezember	63	1	In Swanns Welt 1
		2	In Swanns Welt 2
März	64	3	Im Schatten junger Mädchenblüte 1
		4	Im Schatten junger Mädchenblüte 2
Mai	64	5	Die Welt der Guermantes 1
		6	Die Welt der Guermantes 2

Die edition suhrkamp und die Werkausgabe Proust sind nur durch die Buchhandlungen zu beziehen. Prospekte beim Suhrkamp Verlag, 6 Frankfurt, Postfach 2446.

Was ist das STUDIO NEUE LITERATUR?

Das STUDIO ist ein Experiment. Das STUDIO versucht, in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedern wichtige Werke (Prosa, Lyrik, Essay, Drama, Polemik) aus Gegenwart und Vergangenheit für Leser und Forschung zugänglich zu machen. Das STUDIO veröffentlicht nur kritische, experimentelle, umstrittene Bücher, die ohne das STUDIO nicht erschienen wären. Das STUDIO bringt nur Originalbände.
Mitglieder des STUDIO gibt es in ganz Deutschland und im Ausland. Zum STUDIO gehören Studenten (die das STUDIO auch leiten), Publizisten, Leser aller Schichten. Jedermann ist im STUDIO willkommen, der seine Arbeit unterstützen will. Das STUDIO ist kein Geschäftsunternehmen, alle Mitarbeit erfolgt freiwillig.
Mit der STUDIO-BIBLIOTHEK leistet das STUDIO seinen Beitrag zu den Auseinandersetzungen in unserer Zeit.

Aus dem Programm 1964

Gegen den Tod

Deutsche Schriftsteller gegen die Atombombe

Die erste umfassende Anthologie von über 40 Reden, Aufsätzen, Erzählungen, Gedichten gegen die Atombombe, ein unentbehrliches Dokument für alle Gegner der atomaren Aufrüstung, mit Beiträgen von Günther Anders, Bert Brecht, Heinrich Böll, Jürgen Eggebrecht, H. M. Enzensberger, H. H. Jahnn, Walter Jens, M. L. Kaschnitz, Paul Schallück, Anna Seghers, Wolfgang Weyrauch, Arnold Zweig u. v. a.
ca. 200 Seiten, zweifarbiges Bütten, bibliophile Ausstattung, 18 DM.

Hans Hardtloff

Unzucht im Codex

Bei ihrem ersten Erscheinen (1925) wurde Hardtloffs satirische Streitschrift von der bayerischen Staatsregierung beschlagnahmt und eingezogen. Die Strafrechtsreform lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf diese Kostbarkeit unter den deutschen Polemiken. Der Kampf gegen das Wort „Unzucht" (besonders in den §§ 180 f des StGB) als Bezeichnung für den Beischlaf zwischen nicht verheirateten Personen wird zu einer bissigen Attacke auf die Unmoral „moralischer" Vorstellungen.
Blockbuch, Bütten, Zweifarbendruck, bibliophil gebunden, 20 DM.

In gleicher Ausstattung erscheinen ferner 1964

Günter Maschke: SORGEN UM KASPER, Lyrik und Prosa, ca. 16 DM.

Gerardo Diego: GEDICHTE, spanisch und deutsch, ca. 18 DM.

C. G. Jochmann: WERKE, Vorwort: Werner Kraft, ca. 20 DM.

Von jedem Band werden 1000 Stück in der Presse numeriert. Diese Exemplare werden nur zur Fortsetzung geliefert. Preis des Jahresabonnements 36 DM. Lieferung direkt vom

STUDIO NEUE LITERATUR

7 Stuttgart-Cannstatt - Wiesbadener Straße 76

DIE GEFÄHRDUNG DES RECHTSSTAATES

Dr. Richard Schmid, Oberlandesgerichtspräsident in Stuttgart
Dr. Diether Posser, Rechtsanwalt in Essen
Dr. Fritz Bauer, Generalstaatsanwalt in Hessen
Dr. Thomas Dehler, Vizepräsident des Deutschen Bundestages
Freiherr von Stackelberg, Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof
Dr. Erich Küchenhoff, Mitautor einer „Allgemeinen Staatslehre"
Professor Dr. Jürgen Baumann, Ordinarius für Strafrecht und Prozeßrecht an der Universität Tübingen
Dr. Ewald Bucher, Bundesminister für Justiz

haben in einer Artikelreihe der „Frankfurter Rundschau" zu diesem Thema Stellung genommen. Diese Artikel wurden als Dokumentation in einem Sonderdruck zusammengefaßt, der kostenlos an Interessenten abgegeben wird. Postkarte genügt.

Frankfurter Rundschau, Abteilung K · 6 Frankfurt am Main · Postfach 3685

Frankfurter Rundschau

Für Menschen mit eigener Meinung